

**Einwohnerratssitzung 2011/2012
Protokoll Nr. 2**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 22. September 2011**
Sitzungszeit 13:15 Uhr bis 18:45 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll	Petra Burkhart	
Direktwahl	041 329 63 81	22. September 2011

Anwesend

Präsidentin

Johanna Dalla Bona

Einwohnerrat

33 Mitglieder

Frey Maurus (ab 13:45 Uhr)

Maldonado Jennifer (bis 17:45 Uhr)

Müller Ursula (bis 17:05 Uhr)

Nyfeler Nicole (ab 13:30 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Solari Guido

Protokoll

Burkhart Petra
Sigrist Andrea

Entschuldigt

Bienz Bruno

Günter Michael

Marbacher Monika

Tanner Beat

Traktanden

1.	<u>Mitteilungen</u>		Seite 13
2.	<u>Vereidigung:</u> Michael Otte (SVP)		Seite 14
3.	<u>Ersatzwahl</u> - Sozial- und Gesundheitskommission (SGK)		Seite 14
4.	<u>Protokoll Nr. 8</u> vom 26. Mai 2011 <u>Protokoll Nr. 9</u> vom 30. Juni 2011		Seite 15
5.	<u>Bericht und Antrag:</u> Starke Stadtregion Luzern	Nr. 256/11	Seite 15
	<i>Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (im Bericht und Antrag integriert):</i>		
	- <u>Motion Baumgartner:</u> Sparpotential durch Zusammenarbeit mit Agglomerationsgemeinden	Nr. 101/06	Seite 15
	- <u>Motion Bättig:</u> Die Dynamik nutzen und Klarheit in der Fusionsfrage schaffen	Nr. 176/07	Seite 15
	- <u>Motion Zeder:</u> Kriens als Teil der Region Luzern	Nr. 177/07	Seite 15
	- <u>Motion Luthiger:</u> Objektive Diskussion "Zukunftsperspektiven von Kriens"	Nr. 180/07	Seite 15
	- <u>Postulat Morf:</u> Prognos-Bericht: alle Fakten gehören auf den Tisch!	Nr. 270/08	Seite 15
6.	<u>Bericht und Antrag:</u> Bauabrechnung für Kunstrasenfeld auf Kleinfeldareal und Teilsanierung Leichtathletikanlage	Nr. 249/11	Seite 37
7.	<u>Bericht und Antrag:</u> Bauabrechnung Baukredit Hort Meiersmatt	Nr. 250/11	Seite 38
8.	<u>Bericht und Antrag:</u> Reglement über Betreuungsgutscheine für Kinder im Vorschulalter <i>1. Lesung</i>	Nr. 258/11	Seite 40
9.	<u>2. Bericht Postulat Thalmann:</u> Mehr Sicherheit und Ordnung für Kriens	Nr. 050/09	Seite 44
10.	<u>Bericht Postulat Piazza:</u> Jungunternehmerfreundliches Kriens	Nr. 192/10	Seite 48
11.	<u>Bericht Postulat Graf:</u> Überprüfung der gemeinderätlichen Kommissionen	Nr. 201/10	Seite 48
12.	<u>Bericht Volksmotion:</u> Keine Hochhäuser auf dem Eichhofareal - Behandlung unter Traktandum 5a	Nr. 247/11	Seite 32

13.	<u>Postulat Wili</u> : Überprüfung Umweltschutzstelle <i>Begründung</i>	Nr. 244/11	Seite 48
14.	<u>Motion Konrad</u> : Verwendung von Rückstellungen für das Projekt "Zukunft Kriens – Leben im Zentrum" <i>Begründung</i>	Nr. 245/11	Seite 50
15.	Fragestunde <i>(max. 30 Min.)</i>		Seite 52
16.	<u>Verabschiedung</u> Alexander Wili (GP60+)		Seite 54

Neueingänge

Nr. 050/09	<u>2. Bericht Postulat Thalmann</u> : Mehr Sicherheit und Ordnung für Kriens
Nr. 192/10	<u>Bericht Postulat Piazza</u> : Jungunternehmerfreundliches Kriens
Nr. 199/10	<u>Bericht Postulat Urfer</u> : Einheitliche Handhabung der Ausweiskarte für Reisende mit einer Behinderung
Nr. 201/10	<u>Bericht Postulat Graf</u> : Überprüfung der gemeinderätlichen Kommissionen
Nr. 251/11	<u>Interpellation Camenisch</u> : Unerlaubtes Parkieren auf dem Lindenplatz <i>Eingang: 04.07.2011</i>
Nr. 252/11	<u>Interpellation Tschümperlin</u> : Steuerausfälle der Gemeinde Kriens <i>Eingang: 15.07.2011</i>
Nr. 253/11	<u>Interpellation Tschümperlin</u> : Steuersubstrat der Gemeinde Kriens <i>Eingang: 15.07.2011</i>
Nr. 254/11	<u>Interpellation Tschümperlin</u> : Landverkäufe der Gemeinde Kriens <i>Eingang: 15.07.2011</i>
Nr. 255/11	<u>Interpellation Tschümperlin</u> : Steuersubstrat der juristischen Personen in Kriens <i>Eingang: 20.07.2011</i>
Nr. 256/11	<u>Bericht und Antrag</u> : Starke Stadtregion Luzern
Nr. 257/11	<u>Bericht</u> : Versorgungskonzept Gesundheit und Alter Kriens
Nr. 258/11	<u>Bericht und Antrag</u> : Reglement über Betreuungsgutscheine für Kinder im Vorschulalter
Nr. 259/11	<u>Bericht und Antrag</u> : Voranschlag 2012
Nr. 260/11	<u>Bericht und Antrag</u> : Politische Gesamtplanung 2012 – 2016
Nr. 261/11	<u>Bericht</u> : Machbarkeitsstudie Grossfeld

Johanna Dalla Bona begrüsst alle zur heutigen Sitzung. Von der Presse ist Luca Wolf und von Radio Pilatus Urs Schlatter anwesend. Entschuldigt haben sich Bruno Bienz, Monika Marbacher und Beat Tanner. Ursula Müller muss die Sitzung um 17:00 Uhr verlassen. Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr vorgesehen.

1. Mitteilungen

Johanna Dalla Bona blickt auf die vergangene Wahlfeier zurück. Sie bedankt sich für die Glückwünsche, Geschenke und die Unterstützung. Die Sprechende weist darauf hin, dass es sich bei der Traktandenliste um die zweite Fassung handelt. Es ist eine sehr reichbefrachtete Traktandenliste, deshalb findet die Fragestunde am Schluss der Sitzung statt. Die FDP hat den Antrag gestellt, das Traktandum 12, Volksmotion: Keine Hochhäuser auf dem Eichhofareal, unmittelbar nach dem Traktandum 5 zu behandeln. Johanna Dalla Bona bittet den Faktionschef der FDP diesen Antrag zu begründen.

Thomas Lammer führt aus, dass dieses Traktandum relativ spät behandelt wird. Die FDP ist der Meinung, dass das Traktandum vorgezogen werden soll, da es sich um ein wichtiges Thema handelt.

Gemäss Kathrin Graber opponiert die CVP diesem Antrag nicht. Sie möchten jedoch, dass die Personen, welche die Volksmotion eingereicht haben, entsprechend informiert werden.

Judith Luthiger opponiert gegen den Antrag der FDP. Die Traktandenliste wurde veröffentlicht und alle Interessierten können einschätzen, um welche Zeit das Traktandum im Einwohnerrat behandelt wird. Sie findet es nicht in Ordnung, wenn man das Traktandum nun vorzieht.

Johanna Dalla Bona teilt mit, dass die betroffenen Personen zum Teil bereits informiert sind.

Daniel Piazza opponiert dem Antrag ebenfalls. Die Bevölkerung ist an dieser Volksmotion interessiert. Es wäre im Sinne der Bürger, wenn sie dieses Traktandum mitverfolgen könnten.

Abstimmung über den Antrag der FDP:

Mit 17:10 Stimmen wird der Antrag gutgeheissen.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	n.t.
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	n.t.

Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	Enthaltung
Müller, Ursula	nein
Nyfelner, Nicole	n.t.
Otte, Michael	ja
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	nein
Tschümperlin, Erich	Enthaltung
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

Am 16. September 2011 konnten Peter Wespi seinen 50. Geburtstag feiern. Dazu gratuliert die Vorsitzende nochmals ganz herzlich.

Guido Solari informiert, dass die Zustellung der Unterlagen für die Einwohnerratssitzung vom Oktober am Donnerstag, 29. September 2011 per Velokurier stattfindet. Der Versand des Budgets und der politischen Gesamtplanung wurde auf den 6. Oktober 2011 verschoben. Die Gemeindekanzlei wird die Unterlagen, wenn nötig, an die Ferienadressen zustellen.

2. Vereidigung Michael Otte (SVP)

Michael Otte wird durch das Ablegen des Eides offiziell im Einwohnerrat aufgenommen. Mit Applaus wird er in den Reihen des Einwohnerrates Kriens als neues Mitglied willkommen ge-heissen.

3. Ersatzwahl Sozial und Gesundheitskommission (SGK)

Wahlergebnis

ausgeteilte Wahlzettel:	30
eingegangene Wahlzettel:	30
leere Wahlzettel:	30
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	0

absolutes Mehr:

16

Stimmen erhielt und gewählt ist als Mitglied in der SGK: **Michael Otte mit 30 Stimmen**

Johanna Dalla Bona gratuliert dem Gewählten und wünscht ihm viel Erfolg.

4. Protokoll Nr. 8 vom 26. Mai 2011 Protokoll Nr. 9 vom 30. Juni 2011

Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Die Protokolle Nrn. 8 und 9 werden somit genehmigt und verdankt.

5. Bericht und Antrag: Starke Stadtregion Luzern Nr. 256/11

Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (im Bericht und Antrag integriert):

- **Motion Baumgartner: Sparpotential durch Zusammenarbeit mit Agglomerationsgemeinden** Nr. 101/06
- **Motion Bättig: Die Dynamik nutzen und Klarheit in der Fusionsfrage schaffen** Nr. 176/07
- **Motion Zeder: Kriens als Teil der Region Luzern** Nr. 177/07
- **Motion Luthiger: Objektive Diskussion „Zukunftsperspektiven von Kriens“** Nr. 180/07
- **Postulat Morf: Prognose-Bericht: alle Fakten gehören auf den Tisch** Nr. 270/08

Roland Schwizer führt einleitend aus, dass ein Augur ein römischer Beamter war, der herausfinden musste, ob ein vom Staat geplantes Projekt den Göttern genehm sei. Er verkündete den Götterwillen, indem er den Flug und das Geschrei der Vögel deutete. Der Einwohnerrat hat im Moment auch die Funktion dieser römischen Auguren. Soll Kriens im Projekt "Starke Stadtregion" den nächsten Schritt gehen und einen möglichen Fusionsvertrag ausarbeiten lassen und allenfalls in ein neues Gemeindegebilde aufgehen? Soll eine vertiefte Zusammenarbeit mit den umliegenden Agglomerationsgemeinden gesucht werden und soll diese im Rahmen eines Mehrzweckgemeindevverbandes umgesetzt werden? Oder soll der rechtliche Status Quo beibehalten werden? Welches ist der beste Weg für die Zukunft von Kriens? Da sich der Einwohnerrat Kriens nicht auf das Vogelgeschrei und den Vogelflug verlassen kann, müssen die vorliegenden Optionen genau geprüft werden. Die Stadt Luzern und die Agglomerationsgemeinden stehen vor grossen wirtschaftlichen, demographischen und finanziellen Herausforderungen. Die Nachfrage nach Wohnflächen steigt, der Siedlungsdruck wird immer stärker. Die Gestaltung des gemeinsamen Lebensraumes und der zunehmende Verkehr erfordern regionale Lösungen. Der Kampf um die guten Steuerzahler ist sowohl interkommunal, interkantonal, ja sogar international voll im Gange. Die demographische Entwicklung zeichnet ein düsteres Zukunftsbild im Bereich der Pflegekosten, welche auf die Gemeinden abgewälzt werden. Der finanzielle Druck auf die einzelnen Gemeinden wird in der Zukunft massiv verstärkt. Man ist sich bewusst, dass Änderungen erfolgen müssen um die Zukunft erfolgreich zu bewältigen. Die Krienser Stimmbevölkerung hat im Mai 2009 mit einem Zufallsmehr von 50.65 % Ja gesagt zur Erarbeitungsphase des Projekts "Starke

Stadtregion Luzern". Nach 1 ½ Jahren liegt nun der Bericht vor. Dieser bildet die Grundlage für den B+A an den Einwohnerrat. Die KiZ hat den B+A mehrheitlich positiv zur Kenntnis genommen. Obwohl mit diesem B+A eine grosse Chance vertan wurde, dem Einwohnerrat und damit den Krienser Bürgerinnen und Bürger eine Vision aufzuzeigen, wie sich die Gemeinde Kriens künftig politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich positionieren soll, damit ein Alleingang gelingen kann. Leider wird im B+A lediglich auf die beiden Szenarien Mehrzweckgemeindeverband und Fusion eingegangen. Wenn der Gemeinderat den Antrag stellt, den Status Quo beizubehalten, hätte in diesem B+A auch eine intensivere Auseinandersetzung mit diesem Status erfolgen sollen. Da diesem Umstand zu wenig Rechnung getragen wurde, darf die Motion Baumgartner nicht abgeschrieben werden. Die Motion fordert, dass der Gemeinderat aufzeigt, wie mit möglichen Kooperationen mit anderen Gemeinden Leistungs- und Kostenoptimierungen erzielt werden können. Die Mitglieder der KiZ waren einstimmig der Meinung, dass die Vorlage dem Stimmvolk zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Nun zu den einzelnen Punkten. Die KiZ ist einstimmig gegen die Schaffung eines Mehrzweckgemeindeverbandes. Die Abspaltung von operativer Gemeindearbeit und der Delegation in einen neu zu schaffenden Rechtskörper erscheint als zu kostenintensiv, undemokratisch und mit einem erhöhten Koordinationsaufwand verbunden. Bleibt die Fusion als zweite Option. Die Grundidee der Fusion ist die Auflösung der bisherigen Gemeinde- bzw. Stadtstrukturen von Luzern, Adligenswil, Emmen, Ebikon und Kriens. Die neu gebildete Stadt wird von Grund auf neu gestaltet. Gemeindereglemente, Personalreglemente, Exekutive und Legislative werden neu geschaffen. Anders als bei der Fusion Luzern/Littau soll dieser Schritt keine Übernahme oder Eingemeindung sein, sondern das Aufgehen von fünf Gemeinden in eine neu geschaffene Gemeinde mit dem Namen „Luzern“. Auch hier ist die KiZ mehrheitlich gegen die Aufnahme von Vertragsverhandlungen. In Vertragsverhandlungen soll treten, wer mit einer grossen Wahrscheinlichkeit einen Vertragsabschluss anstrebt. Einen nächsten Schritt zu machen, nur damit weitere Details ausgearbeitet werden, erscheint fragwürdig, zumal mit der vorliegenden Studie bereits eine gute Dokumentation besteht. Im Weiteren schliesst sich die KiZ der Argumentation des B+A an. Die Anonymisierung der Verwaltung, der Verlust von Selbstbestimmung und der Stellenabbau in der Verwaltung sind nur einige Stichworte, die gegen eine Auflösung der Gemeindestrukturen sprechen. Sollten die Stimmberechtigten dem Antrag des Gemeinderates folgen und vertiefte Abklärungen ablehnen, darf Kriens nicht ohne Strategie dastehen. Der Bericht zur Starken Stadtregion Luzern hat eine ideale Grundlage geschaffen, um weitere Szenarien zu diskutieren. Es gibt mögliche Wege mit bilateralen oder multilateralen Zusammenarbeiten, bei welchen die Eigenständigkeit der Gemeinde nicht geopfert werden muss. Wird der Eintritt in die Vertragsverhandlungen abgelehnt, ist der Einwohnerrat gefordert. Gemeinderat und Einwohnerrat müssen ein positives politisches Klima schaffen, damit sie mit einer einheitlichen Vision in die Zukunft gehen können. Sämtliche Bereiche des Krienser Gemeindehaushaltes müssen offen diskutiert werden können. Es zeigt sich, dass selbst die Stadt Luzern aufgrund der Kosten für die Pflegefinanzierung eine Steuererhöhung in Betracht zieht. Die Gemeinde Kriens soll nicht zu Tode gespart werden. Die KiZ stimmt den Ziffern 1, 2, 3, 5 und 7 einstimmig zu. Ausserdem stimmt die Mehrheit der Mitglieder Ziffer 4 zu, welche vorsieht, den Stimmberechtigten zu empfehlen die Ziffern 1 und 2 abzulehnen. Die Motion Baumgartner ist nicht abzuschreiben.

Gemäss Simon Konrad ist das Eintreten in der FGK unbestritten. Die Mehrheit der FGK hat sich von den Argumenten des Gemeinderates nicht überzeugen lassen. Sie sind der Meinung, dass die Abklärungsphase nicht genügt und beantragen den Punkt 4 wie folgt abzuändern:

Der Einwohnerrat empfiehlt den Stimmberechtigten, Ziffer 1 des Beschlusstextes (Zielbestimmung der Gemeindeordnung "verstärkte Kooperation") abzulehnen und Ziffer 2 des Beschlusstextes (Zielbestimmung Gemeindeordnung "Fusion") zuzustimmen.

Mit der Unterstützung des Antrages werden die Voraussetzungen für eine Fusion mit der Stadt Luzern und allfällig weiteren Agglogemeinden geschaffen.

Nach Roger Erni wurden in der BiK insbesondere die Resultate der Fachgruppe Bildung eingehend besprochen. Sonst vermerkte die Sitzungsleiterin dass die Meinungen gebildet sind. Die Mitglieder der BiK erachten Synergiegewinne insbesondere bei den Leitungsstrukturen für möglich, grössere Einheiten können schlanker geführt werden. Es darf jedoch nicht ausser Acht gelassen werden, dass bei einer Fusion das Gross-Quartier Kriens dannzumal sowieso eine Kreisleitung benötigen würde und ein neues Schulführungsmodell eingeführt werden müsste, was hohe Initialisierungsaufwände mit sich bringen würde. Da die Stadt im schulgänzenden Bereich (DAZ, Schuldienstpensen, Freizeitgestaltung) in einer anderen Liga spielt, könnte die Gemeinde Kriens profitieren. Die Musikschule der Gemeinde Kriens ist ungenügend aufgestellt, sie ist eine Baustelle. Auch da, mit oder ohne starke Stadtregion, muss sich die Institution wandeln. Die Gemeinde Kriens als eigenständige Gemeinde soll im so wichtigen Bereich der Bildung mit vereinten Kräften eine gute Dienstleistung anbieten können. Die Bildungskommissionspräsidentin, welche in den Ferien weilt, liess am Schluss der Diskussion über das Traktandum nicht abstimmen.

Martin Heiz führt aus, dass sich die BK ebenfalls mit diesem B+A befasst hat. Auf den Seiten 23 und 40 sind Kommentare zu finden, welche die BK betreffen. Dort wird aber nur auf die Auswirkungen bei einer allfälligen Fusion hingewiesen. Die Mitglieder der BK sind der Meinung, dass man vor der Abstimmung im November nicht tiefer in diese Themen einsteigen soll. Der Gemeinderat versicherte, dass er sich sehr kritisch mit diesen Themen auseinandergesetzt hat. Es erfolgte keine Abstimmung, da die Mitglieder der BK der Meinung waren, dass die FGK und die KIZ eine Abstimmung durchführen sollen.

Martin Heini hält einleitend fest, dass die Diskussion in der USK nicht so recht in Gang kam. Einerseits besteht der Bericht aus Thesen, Prognosen und Interpretationen, andererseits sind die Meinungen kontrovers gemacht. Vielleicht liegt es auch am 126-seitigen Schlussbericht und dem 43-seitigen Bericht des Gemeinderates, kein leichter Brocken. Eigentlich schade, aber die USK liess sich die Beweggründe zur Absage durch Cyrill Wiget erläutern. Themen die angeschaut wurden sind Feuerwehr und Sicherheit, Sport, Umwelt und Jugend. In der USK wurde nicht abgestimmt und es wird auch keine Empfehlung an den Einwohnerrat abgegeben.

Peter Portmann, namens der SVP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat für den ausführlichen B+A. Dieser Bericht setzt sich ohne Befangenheit mit der Fusionsthematik wie auch mit der verstärkten Kooperation und dem Status Quo auseinander. Die verstärkte Kooperation wurde in verschiedenen Gremien wie auch in der KiZ intensiv durchdiskutiert. Man ist zum Schluss gekommen, dass die verstärkte Kooperation ein ungeeignetes Mittel für eine gesunde Weiterentwicklung der Gemeinde und der Starke Stadtregion ist. So bleiben nur noch die Szenarien Fusionsverhandlung und Status Quo. Bei der Beurteilung der Fusion zeigt der Bericht gegenüber dem Status Quo mehr Nachteile als Vorteile auf. Hauptsächlich die Interessenvertretung des Ortsteiles würde durch eine Fusion abgeschafft. Die politische Einflussnahme auf das Krienser Gebiet würde durch die Starke Stadtregion diktiert. Im Falle einer Fusion müsste ein Fusionsvertrag erarbeitet werden. Ob und wie dieser Vertrag später eingehalten oder umgesetzt wird, kann zum heutigen Zeitpunkt niemand beurteilen. Ein Fusionsvertrag garantiert

nämlich für nichts. Versprechungen und Annahmen bröckeln bereits jetzt. Als Beispiel dient der Mindeststeuerfuss, welcher per 2013 von 1.75 auf 1.85 Einheiten erhöht werden soll. Die brennendste Frage ist die Finanzierung der Fusion. Allein mit dem Kohäsionsbetrag ist die Finanzierung der Fusion auf längere Zeit nicht bezahlbar. Die strukturellen Probleme bestehen in Luzern weiterhin, ausser der Steuerfuss wird stark erhöht. Das wäre vielleicht der Wunsch der Linken, nicht aber derjenige der SVP. Kriens kann sich nur im bisherigen Status Quo weiterentwickeln. Obwohl Kriens zurzeit mit finanziellen Problemen zu kämpfen hat, ist die Perspektive der Weiterentwicklung auf sehr gutem Kurs. Dank der Attraktivität und dem Standort der Gemeinde gibt es hervorragende Entwicklungsmöglichkeiten. Die jüngst vorgestellte Überbauung im Eichhof und die Entwicklung im Schlund sind typische Beispiele dafür. Es zeigt auch, dass die Steuerreduktionen der letzten Jahre Früchte zu tragen beginnen. Die verstärkte Kooperation sowie die Fusion lehnt die SVP-Fraktion kategorisch ab. Damit das Volk das allerletzte Wort hat, wird die SVP-Fraktion dem § 49a, Ziffer 1 und 2 zustimmen. Die SVP-Fraktion wird aber, gemäss Punkt 4 des Beschlusstextes, den Empfehlungen des Gemeinderates folgen. Das heisst die Ziffer 1 und 2 werden abgelehnt.

Verena Wicki hält fest, dass der Bericht zur Erarbeitung der Szenarien verstärkte Kooperation und Fusion vorliegt. Der Dank und die Anerkennung gehören allen, die einen Beitrag zu diesem Bericht geleistet haben. Dass die Stadtregion Luzern gestärkt werden muss, das ist allen klar. Der Status Quo beizubehalten ist möglich, doch die schlechteste Variante. Die strategischen Ziele, welche diesem Bericht zugrunde liegen, muss man im Auge behalten. Auch in Zukunft soll eine hohe Lebensqualität gewährleistet werden. Dazu müssen die Siedlungs- und Landschaftsräume ausgewogen mit den Interessen der Verkehrsplanung abgestimmt werden. Die grünen Kuppen Schlosshügel und Sonnenberg sollen geschützt und als Naherholungsraum erhalten werden. Die Stadtregion Luzern soll als konkurrenzfähiger Wirtschaftsstandort positioniert werden, der breitgefächerte Arbeits- und Ausbildungsplätze bietet. Die Kräfte sollen im Wissen gebündelt werden, dass die Stadtregion Luzern schon lange zu einem funktionalen Raum zusammengewachsen ist. Es soll gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme geben. Die Interessenvertretungen sollen wirksamer werden. Der Einfluss der Stadtregion soll nachhaltig gestärkt werden, damit die Interessen auch auf bundes- und kantonaler Ebene durchgesetzt werden können. Auch die Vielfalt in Kriens soll gehegt und gepflegt werden. Dazu gehört das vielfältige Vereins- und Kulturleben. Für das gesellschaftliche Zusammenleben spielen die Vereine im Bereich Sport, Kultur, Fasnacht und Quartiere eine grosse Rolle. Sie bieten Identität, Zugehörigkeit und Heimatort. Das muss gewährleistet werden. Der Bericht hat deutlich zu Tage gebracht, dass das Szenario der verstärkten Kooperation zu wenig Nutzen bringen wird, deshalb wird er von der CVP/JCVP-Fraktion auch nicht priorisiert. Der Bericht zeigt auf, dass das Szenario der Fusion insgesamt die meisten Vorteile bringen würde. Das Szenario Fusion bietet langfristig die besten Entwicklungschancen. Es ist die Entwicklung eines neuen städtischen Gemeinwesens. Die Grösse bringt im In- und Ausland mehr Gewicht. Langfristig ist dieses Szenario die kostengünstigste Lösung, da Synergien zusammengeführt werden, auch wenn es kurz- und mittelfristig zu Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen führen könnte. Die Koordination würde vereinfacht, da ein Gemeinwesen zuständig wird, wo zurzeit fünf Gemeinwesen und über 40 Kooperationsformen bestehen. Das Szenario Fusion bewirkt, dass formal zusammenwächst, was im gelebten Alltag schon längst zusammengehört. Die Lebensrealität der Einwohnerinnen und Einwohner würde vollzogen. Die Mobilität und Durchmischung der Bevölkerung wie auch die Alterung der Bevölkerung nimmt auch in Zukunft zu und ist so oder so nicht aufzuhalten. Der gute Lebensstandard von Kriens soll erhalten bleiben und von den Entwicklungen der ganzen Region profitieren. Das Szenario sieht ausserdem vor, dass Eigenheiten der Quartiere erhalten bleiben. Dazu ist aber die Verstärkung einer aktiven Stadtteil- und Quartierentwicklungspolitik nötig. Die Menschen orientieren sich auch in einem grossen Stadtraum in ihren Quartieren und Stadtteilen und nehmen gestalterischen Einfluss

darauf. Die demokratische Mitbestimmung muss gewährleistet werden. Die Bürgerinnen und Bürger können Einfluss auf die Entwicklung der ganzen Stadtregion nehmen. Der Bericht zeigt im heutigen Stand eine grobe Einschätzung der Sachlage auf. Es gibt noch eine Reihe von Fragen. Die konkreten Grundlagen sind nicht ausgearbeitet. Das war auch nicht der Auftrag der Projektgruppe. Die CVP/JCVP-Fraktion ist zum Schluss gekommen, dass es richtig und nötig ist, dass alle Fakten und Grundlagen soweit ausgearbeitet werden, damit man entscheiden kann, was eine Fusion bedeuten würde. Man ist es gewohnt, dann zu entscheiden, wenn alle Fakten auf dem Tisch sind. Die Fraktion will nicht aufgrund von vorgefassten Meinungen einen Entscheid fällen, der die nächste Generation betrifft. Die CVP/JCVP wird diesen Prozess ganz genau verfolgen und bürgt dafür, dass die wichtigsten, bereits erwähnten Punkte, in einem Fusionsvertrag Eingang finden. Weiter will sie, dass das dezentrale Schulhaussystem weiterhin erhalten bleibt. Wichtig ist für Kriens auch die Bürgernähe der Verwaltung. Sie muss durch dezentrale Schalter gewährleistet bleiben. Die administrativen Hürden für die Benutzung von Lokalen und Hallen darf nicht komplizierter und teurer werden. Die CVP/JCVP-Fraktion ist mehrheitlich zum Schluss gekommen, dass es richtig ist, wenn der Prozess weitergeführt wird. Sie wollen den Prozess der Ausarbeitung des Fusionsvertrages weiterführen.

Alexander Wili nimmt Stellung zu den gerade eben vorgetragenen Voten. Eine Fusion ohne Meggen und Horw findet er eine komische Vorstellung. Ausserdem ist er der Meinung, dass die Abklärungen nun genügend lang angedauert und die Gemeinde Kriens blockiert haben.

Die Liberale Fraktion lobt den Gemeinderat. Der 45-seitige Bericht des Gemeinderates vom 17. August 2011 ist objektiv sowie umfassend und verdient, als historisch wertvolle Arbeit auch für künftige Generationen aufbewahrt zu werden. Die Gründe für eine Ablehnung von Fusionsverhandlungen sind auf den Seiten 23 bis 31 treffend dargestellt. Die Liberale Fraktion schliesst sich der entsprechenden Argumentation an und verzichtet darauf, sie zu wiederholen. Nur eine Ergänzung aus recht-staatlicher Sicht scheint angebracht: Die Schweizerische Demokratie basiert auf den Gemeinden. In den Gemeinden lernen die Stimmberechtigten, sich politisch zu exponieren und auszudrücken sowie Beschlüsse der Mehrheit zu akzeptieren. Die Erfahrung zeigt, dass in Grossgemeinden die Vorteile dieser demokratischen Willensbildung verloren gehen. Die gelebte Demokratie verlangt überblickbare Gemeinden. Kriens ist eine solche Gemeinde, Gross-Luzern wäre es nicht. Die Fraktion legt Wert darauf, dass die Krienser Stimmberechtigten am 27. November 2011 über den Ausstieg aus den Fusionsverhandlungen abstimmen können, wie es beim Einstieg in die Abklärungsphase versprochen wurde. Darum werden alle Mitglieder des Einwohnerrates um die entsprechende Zustimmung zu den Ziff. 1, 2, 3, 5 und 7 des Beschlusstextes gebeten, weil ein qualifiziertes Mehr nötig ist. Bezüglich der Empfehlung nach Ziff. 4 unterstützt die Fraktion den Antrag des Gemeinderates. Dieser benötigt keine qualifizierte Mehrheit.

Judith Luthiger führt aus, dass die Gemeindegrenze von Kriens nur auf der Karte ganz klar ersichtlich ist. Die Realität sieht aber anders aus. Kriens ist mit Luzern zusammengewachsen. Ohne Zusammenarbeit geht es nicht mehr. Wie aber soll diese aussehen? Eine Mehrheit des Gemeinderates hat einen richtungsweisenden Entscheid bereits getroffen. Der Gemeinderat empfiehlt die Türe zuzuschlagen und eine zukunftsweisende Chance ungenutzt zu lassen. Damit verbaut man sich eine Chance, die man in den nächsten 20 Jahren nicht mehr erhält. Wenn der Gemeinderat schon jetzt die Türe zuschlägt, so fordert die SP Antworten, wie er die aktuellen Probleme im Alleingang lösen will. Er verharrt bei seinen Ängsten und behauptet Sachen, die noch gar nicht ausdiskutiert sind. Wieso glaubt man bereits jetzt, dass keine Teilzeit Exekutivämter mehr möglich sind? Wieso glaubt man schon jetzt, dass es in einer fusionierten neuen Stadt weniger demokratische Mitbestimmung gibt? All diese wichtigen Punkte

sind im Vertrag auszuhandeln. Im Bericht gibt es erste Vorschläge dazu. Im Übrigen fragt die Sprechende, wie sinnvoll und effizient es sei, wenn die Parlamente in Emmen, Luzern, Horw und Kriens identische Vorstösse behandeln. Und wie steht es bereits mit der Stimmbeteiligung? Anstatt in Ängsten zu verharren, braucht es doch Visionen und Antworten wenn man schon für die Eigenständigkeit plädiert. Wo aber sind diese Antworten und die Visionen, die der Gemeinderat hat? Im B+A steht wenig bis gar nichts darüber. Der Gemeinderat begnügt sich mit schwammigen Aussagen wie „den Weg der Eigenständigkeit zu gehen, erfordere eine intensive und kritische Suche nach weiterem Optimierungspotential innerhalb der heutigen Strukturen“. Viele Worte, die wahnsinnig toll tönen, aber inhaltlich absolut nichts sagen. Sie zitiert gerne ein anderes Münsterchen: „der Gemeinderat ist überzeugt, dass sich mit der Erarbeitung des verstärkten Kooperationsmodells Themenfelder eröffnet haben, welche sich bei einer Selbständigkeit von Kriens für die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden eignen würden.“ Welche Themenfelder meint der Gemeinderat? Was will er konkret tun? Fragen über Fragen ohne Antworten. Deshalb will die SP-Fraktion dem Gemeinderat ein bisschen auf den Zahn fühlen und zu konkreten Aussagen im B+A ab Seite 39 zum Szenario Eigenständigkeit Fragen stellen.

Punkt 1, Lobbying

Unter Lobbying steht im Bericht, dass der Gemeinderat sich über Vernehmlassungen und gezieltes Lobbying stark machen will. Hat denn der Gemeinderat bis jetzt diesbezüglich geschlafen? Das Gebiet Allmend ist ein Paradebeispiel. Die Krienser haben die Parkplätze. Was macht der Gemeinderat bereits heute in punkto Lobbying und wie will er das verbessern?

Punkt 2, Strategien

Da schreibt der Gemeinderat, das Defizit müsse zwingend abgebaut und die Landreserven im Entwicklungsschwerpunkt Luzern Süd möglichst wertschöpfungsintensiv genutzt werden. Seit Jahren will Kriens den Entwicklungsschwerpunkt Luzern Süd stärken. Was ist bis jetzt konkret passiert? Wenig, doch zum Leidwesen der Geschäfte im Krienser Zentrum wurde der neue Pilatusmarkt gebaut und seitdem darf man sich an der Betonwüste des alten Pilatusmarktes erlaben. Die Planung im Schlund steht still, weil es die Agglomerationsgemeinden nicht fertig bringen, regionale Verkehrslösungen zu planen und umzusetzen, und jede Gemeinde nur für sich schaut. Es braucht doch jetzt Visionen, Ziele, Strategien, welche für die kommenden Generationen noch sichtbar sind. Wie will der Gemeinderat im Entwicklungsschwerpunkt Süd endlich vorwärts machen?

Punkt 3, Finanzen

Der Gemeinderat hält fest, dass er die Finanzkennzahlen durch Verbesserung der Ertragslage stabilisieren wolle. Und weiter jammert er über die Abschiebung von Aufgaben von Bund und Kanton an die Gemeinden. Wer hat in der Vergangenheit den ruinösen Steuerwettbewerb lanciert? Welche Parteien haben die kantonalen und kommunalen Steuersenkungen unterstützt? Wohin das führt wissen wir inzwischen. Da muss die Sprechende doch ein wenig schmunzeln, wenn heute in der NLZ zu lesen ist, dass die gebeutelten Finanzchefs beim Kanton vorstellig werden und jammern, sie können die Gemeindeausgaben nicht mehr ohne massive Abbaumassnahmen finanzieren. Mit einer Fusion könnten die Krienserinnen und Krienser finanziell profitieren. Denn auch wenn die neue Stadt den Steuersatz auf 1,85 anheben würde, so hätte man in Kriens zumindest die Sicherheit, dass der Krienser Steuersatz nicht höher steigt. Aber das wollen die Gegner gar nicht hören. Finanzfragen sind plötzlich nicht mehr wichtig. Seit 2008, also seit vier Jahren, schreibt die Gemeinde Kriens rote Zahlen und für 2012 sieht es nicht besser aus. Wie will Kriens die Finanzsituation eigenständig ohne massiven Leistungsabbau und Einnahmenerhöhung lösen? Wie kann Kriens den momentanen Investitionsstau wieder in Gang bringen?

Punkt 4, Alter, Gesundheit und Soziales

Hier zeigt der Gemeinderat richtige Fakten auf. In den nächsten 20 Jahren zum Beispiel rechnet die Gemeinde Kriens mit einer Verdoppelung der betagten Menschen. Es braucht neue Pflegeplätze etc. Diese Fakten kennt man. Was man aber nirgends findet, ist eine Antwort, wie der Gemeinderat diese Probleme lösen will. Wie und mit welchem finanziellen Aufwand will der Gemeinderat die Probleme in Gesundheit und Alter lösen? Wie kann Kriens seine momentanen Leistungsstandards sicherstellen? Wie schafft es Kriens aus eigener Kraft seinen Fachkräften konkurrenzfähige Löhne zu zahlen?

Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass man viele Probleme nicht mehr als eigenständige Gemeinde lösen kann. Seit Jahrzehnten schon sucht sich die Gemeinde ihren Weg und kooperiert mit den umliegenden Gemeinden. Der Gemeinderat sitzt in über 50 Zweckverbänden und berät und entscheidet als Einzelperson über Angelegenheiten der Gemeinde Kriens. Was hat Kriens in den letzten 40 Jahren erreicht? Es bestehen die gleichen Probleme, die Alexander Wili damals in seiner Antrittsrede als Einwohnerrat erörtert hatte. Soll man weiterhin so wurselteln? Momentan ist die Gemeinde Kriens ein starker Verhandlungspartner. Heute könnte man im Fusionsvertrag klare Forderungen stellen und sich für gute und faire Positionen zum Wohl der Krienser Bevölkerung einsetzen. Es ist zum Beispiel möglich, dass man den Sonnenberg auch weiterhin als Grünzone behalten kann. Diese Chance soll genutzt werden und es sollen optimale Grundlagen für Visionen und Innovationen geschaffen werden. Die SP steht ein für die Aushandlung eines Fusionsvertrages und eine Stärkung der Stadtregion Luzern. Sie unterstützen den Antrag der FGK zu Punkt 4. Die Vorstösse sollen alle abgeschrieben werden.

Im Namen der Grünen Kriens dankt Mirjam Kalt herzlich für die professionelle Projektarbeit und den übersichtlichen Bericht. Es wird deutlich, dass der Gemeinderat ernst gemacht hat mit einer differenzierten Analyse, welche im möglichen Rahmen auch verschiedene Akteure miteinbezogen hat. Die Fraktion begrüsst auch, dass neben der Analyse und den möglichen Folgerungen für eine Kooperation oder für eine Fusion zusätzlich noch in die Analyse eines Status Quos investiert wurde. Leider fehlen dazu Leitlinien für zukunftssichernde Lösungen.

Auch die Grünen Kriens haben an ihrer Mitgliederversammlung intensiv die Vor- und Nachteile der verschiedenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden und der Stadt diskutiert. Sie haben sich mit grosser Mehrheit dafür ausgesprochen, die Ausarbeitung eines Fusionsvertrages zu unterstützen. Die heutigen Gemeindegrenzen von Kriens sind nicht mehr identisch mit dem Wohn- und Arbeitsraum. Auch im B+A schreibt der Gemeinderat, dass „Kriens und die anderen Agglo-Gemeinden die Stadt als Arbeits- und Lebensmittelpunkt für einen grossen Teil der Bevölkerung braucht“. Der Perimeter der neuen Stadtgemeinde würde dem bereits heute real existierenden, gemeinsamen Lebensraum entsprechen. Die Organisation dieses Lebensraumes muss politisch, raumplanerisch, verkehrsmässig und in Bezug auf die demokratische Mitbestimmung aus einer Gesamtsicht heraus entwickelt werden. Noch eine kleine Anekdote: Alexander Willi hat 1968 in seinen einleitenden Worten bei der Gründungsversammlung der Pro Sonnenberg seine persönliche Vision der Landschaft Sonnenberg wie folgt skizziert – Quelle ist das Buch "Sonnenbergbahn – Hotel, Bahn und Flüchtlingsheim", Museum Bellpark Kriens 2002, Seite 7: "Die Städte Luzern, Kriens, Horw, Littau und Emmen sind zu einer einzigen Grossstadt zusammengewachsen und umfluten den Sonnenberg mit einer Menschenmenge von 300'000-500'000 Einwohnern. Der Sonnenberg ragt als zentrale Insel aus dieser Grossstadt heraus und bietet mit seinen Wäldern, einzelnen Sport- und Erholungsplätzen und ausgebauten Spazierwegen die nächste Gelegenheit für Jung und Alt, frische Luft zu schöpfen und sich über die menschlichen Niederungen physisch und psychisch zu erheben." Ein weiterer Grund für eine Fusion ist, dass die neue Stadtgemeinde die Chance bietet, überall dort mitbestimmen zu können, wo man von

Projekten, Entwicklungen und Entscheidungen im real existierenden Lebensraum betroffen ist. Dank der Mitbestimmung in der neuen Stadtgemeinde kann man im gesamten Lebensraum mitentscheiden, die Demokratie wird ausgebaut.

Da es bei den Grünen auch kritische Stimmen gibt und man sich bewusst ist, dass eine Fusion nicht nur Vorteile bringt, sondern auch Risiken beinhaltet, würden bei Fusionsverhandlungen auf folgende Aspekte gut geschaut:

- Keine Ausweitung der Siedlungsgrenzen. Entsprechende Freihaltungs-Bestimmungen zu den Naherholungsgebieten wie Schlösslihogger oder Sonnenberg sind im Vertrag fest zu setzen.
- Kein Abbau bestehender Infrastrukturen in den Quartieren, am Konzept der Quartierschulhäuser soll festgehalten werden und die bestehenden Altersheime gestärkt werden. Entsprechende Bestimmungen sind im Vertrag fest zu setzen.
- Umsetzung der Absicht, in der neuen Stadtgemeinde dezentrale Anlaufstellen für wichtige Gemeindeaufgaben einzurichten.
- Umsetzung der Absicht, im Dienste des Demokratieausbaus eine verstärkte Quartier- und Stadtteilpolitik einzurichten. Ohne einen Ausbau der Stadtteil-Mitwirkung ist das Fusionsvorhaben für die Grünen nicht denkbar. Wie dieser aussehen soll muss spätestens im Fusionsvertrag klar und plausibel aufgezeigt werden.
- Die Vielgestaltigkeit der rund 150'000 Einwohnerinnen und Einwohner muss sich in einer angemessenen Grösse des Parlaments, der Wahlkreise und der Exekutive widerspiegeln.

An dieser Stelle beurteilen die Grünen die Voraussetzungen für Fusionsverhandlungen teilweise anders als der Gemeinderat, welcher zum Beispiel als Konsequenz der Fusionsverhandlungen nennt, dass die Fusion die Abkehr vom heute in Kriens stark verankerten Quartierkonzept bei den Schulanlagen bedeuten könnte. Und genau um diesen Aushandlungsprozess würde es in einem nächsten Schritt gehen. In diesem Sinne sprechen sich die Grünen Kriens für Fusionsverhandlungen aus. Sie wollen jetzt, inmitten des Prozesses, die Chance nicht vergeben. Sie wollen aushandeln, was sind must-haves und was nice-to-haves. Die Grünen stimmen dem Antrag der FGK zur Ziffer 4 des Beschlusstextes zu. Ausserdem ist ihnen bei dieser wichtigen Entscheidung die Beteiligung der Bevölkerung wichtig. Die Stimmbevölkerung soll entscheiden, ob es zu Fusionsverhandlungen kommen soll oder nicht. In diesem Sinne stimmen die Grünen für den B+A.

Daniel Piazza ist zweifach enttäuscht. Erstens ist er vom Bericht "Starke Stadtregion" enttäuscht. In einem aufwändigen Prozess wurden dutzende Vertreter aus den Gemeinderäten, den Parlamenten, den Verwaltungen und weiteren engagierten Bürgern in unterschiedlichen Gruppen eingebunden. Ein wertvoller Fundus an Erfahrung und Wissen also. Aber was liegt mit dem Bericht zur Starken Stadtregion vor? Viel „Hätte“ und „Wäre“ und wenig Greifbares, das Ganze mit Vor- und Nachteilen beurteilt. Die externe Projektleitung macht es den Gemeinden mit diesem Bericht nicht einfach, in dieser wohl wichtigsten Thematik der laufenden Legislatur, ihren Bürgern wirklich Fakten und Zahlen vorzulegen. Es ist nämlich unmöglich, sich nach der Lektüre des Schlussberichtes vorzustellen, wie die verschiedenen Varianten konkret aussehen und welche Chancen und Risiken sie für die Zukunft bringen. Wie soll man sich da eine Meinung machen können, wenn man nur Wolken beurteilen kann. Politische Einschätzungen müssen noch zu oft Glaubensbekenntnisse sein. Der Sprechende begrüsst es deshalb, dass das Volk am 27. November darüber entscheiden kann, weiter im Projekt zu bleiben. Bei einem Ja zum Weiterverbleib im Projekt "Starke Stadtregion" erhält man auch noch das Fleisch zum Knochen. Aber nur unter der Bedingung, dass man im zweiten Teil des Prozesses eine externe Begleitung hat, welche ganz konkret und fassbar aufzeigt, wo und wie

man finanziell effizienter werden könnte und wie ein lebenswerterer Alltag der Krienserinnen und Krienser realisiert werden kann. Zweitens ist Daniel Piazza vom Bericht und Antrag des Gemeinderates enttäuscht. Mit dem Entscheid, dass er aus dem Abklärungsprozess aussteigen will, bestätigt er das Bild der letzten Jahre, dass er vor lauter operativen Bäumen den strategischen Wald nicht mehr sieht. Seine Ausführungen beschreiben eine Agonie, Rätö Camenisch würde sagen "eine niedergeschriebene Tristesse", denn es ist weder von bodennahen Perspektiven noch umsetzbaren strategischen Stossrichtungen die Rede. Was er uns serviert sind Luftschlösser, wie zum Beispiel „Kriens war und ist aber eine fortschrittliche Gemeinde und muss heute dafür einstehen, dass dies auch in Zukunft möglich sein wird.“ Oder „Im Bereich der Verwaltung darf das Angebot als adäquat bezeichnet werden.“ Und „Es ist dem Gemeinderat ein Anliegen und gleichzeitig auch ein Auftrag, ... Zusammenarbeiten in Zukunft zu verstärken, eine gewisse Führung zu übernehmen und auch von seinen Partnern einzufordern“. Der Sprechende ist gespannt, wie viele Zweckverbände der Gemeinderat noch eingehen will und wie er mit der „gewissen Führung“ politisch nach innen in der Gemeinde und nach aussen über die Gemeindegrenzen hinaus die PS auf den Boden bringt. Im Bericht und Antrag wird über weite Strecken aufgezeigt, was der Gemeinderat nicht will, aber nicht was er in Zukunft mit der Gemeinde wirklich vor hat. In der operativen Hektik scheint es von aussen, als hechte er von Entscheid zu Entscheid ohne einen gemeinsamen Nenner und ein klares Bild über die weitere Ausrichtung von Kriens im Kopf zu tragen. Statt die Chance wahrzunehmen, dank dem laufenden Entscheidungsfindungsprozess zu schauen, ob der Alleingang wirklich die Beste von allen Zukunfts-Varianten ist für Kriens, schlägt er dem Einwohnerrat das Abläuten der Übung vor. Und das bevor die Krienser Bevölkerung und auch die Politik in Kriens überhaupt ihre Anliegen und Bedingungen für die Zukunft der Gemeinde festgelegt haben. Obwohl die von Alexander Wili angeregte wertvolle und überparteiliche „Kommission für interkommunale Zusammenarbeit“ ansatzweise entsprechende Anliegen und Bedingungen formuliert hätte. Der Sprechende versteht das nicht. Deswegen glaubt er, dass es wichtig sein wird, den Krienserinnen und Kriensern aufzuzeigen, welche wichtige Bedeutung der weitere Abklärungsprozess für ihre ganz persönliche Zukunft hat. Und zwar ganz greifbar, zum Beispiel mit dem Schutz der Grünflächen und grünen Kuppen, von einer handlungsfähigen Gemeinde, von der Lösung oder wenigstens Teillösungen des Krienser Verkehrsproblems und genauso von der Lösung des strukturellen Finanzproblems der Gemeinde. Wenn der Gemeinderat für all das eine Lösung hätte, ja nur schon wenigstens einen Plan oder einen Ausweg präsentieren könnte, wäre der vom Gemeinderat gefällte Entscheid für Daniel Piazza verständlicher. Für ihn ist ganz klar, dass die Weiterführung des Projekts "Starke Stadtregion" elementar wichtig ist. Dies sagt er als stolzer Krienser, den er seit seinem ersten Lebensjahr ist. Er sagt das auch als junger Krienser, dem es wichtig ist, dass man auch in 20, 30 Jahren in einem effizienten und zugleich lebenswerten Kriens leben darf. Und er sagt das auch als gewissenhafter Krienser. Denn warum soll man aus dem Projekt "Starke Stadtregion" aussteigen? Es gibt keinen plausiblen Grund, man kann nur gewinnen und gar nichts verlieren. Denn wenn man am Ende des Prozesses sieht, dass eine Fusion nicht der Gemeinde Kriens entspricht, dann hat man die Möglichkeit Nein zu sagen. Auch der Sprechende persönlich behält sich vor, am Ende des Prozesses Nein zur Fusion zu sagen. Aber aus heutiger Sicht, mitten im Prozess, ohne klare Fakten kann er weder Ja noch Nein zu verschiedenen Varianten sagen, weil die konkreten Umsetzungen, die konkreten Fakten und die konkreten Auswirkungen auf die Gemeinde und die konkreten Auswirkungen auf das alltägliche Leben aller Krienserinnen und Krienser gar noch nicht klar sind. Zudem, und das hat bereits der bisherige 1. Teil des Abklärungsprozesses gezeigt, gibt es viele Erkenntnisse, die auch im Fall eines Alleingangs wichtige Anhaltspunkte darstellen. So schreibt auch der Gemeinderat auf Seite 21 des B+A's: „Der Gemeinderat erachtet die Arbeit der Projektsteuerung sowie der beigezogenen Fachgruppen grundsätzlich als wertvoll. Er ist überzeugt, dass aus diesen Arbeiten Möglichkeiten für Zusammenarbeitsformen und Verbesserungspotenzial ersichtlich sind.“ Genau das wird man in konkreterem Masse zumindest auch aus dem weiteren Abklärungsprozess mitnehmen kön-

nen. Wie betont, auch im Alleingang von Kriens. Vorgängig zur Abstimmung vom Mai 2009 über den Beitritt ins Projekt wurde argumentiert, dass der Prozess der Gemeinde Kriens nichts nütze, weil viele Leute die Fusion sowieso nicht wollen. Diese Stimmen werden nun eines besseren belehrt, wenn man die potenziellen und angedachten Zusammenschluss- und Zusammenarbeitsformen sieht und wie sie Effizienz- und Effektivitätssteigerungen mit sich bringen. Der Sprechende ist sich sicher, dass das auch in der nächsten Phase des Projektes so sein wird. Je mehr und je konkreter man sich mit Verbesserungsmöglichkeiten befasst, desto mehr findet man auch. Nun steht man auf halbem Weg und der grösste Fehler wäre, mit einem Nein wieder auf das Feld eins zurückzuhüpfen. Deswegen ist die JCVP, und damit viele junge Krienserinnen und Krienser, für die Weiterführung des Abklärungsprozesses mit den umliegenden Gemeinden. Bei den vielen ungelösten Problemen die es in Kriens gibt, kann man es sich schlicht nicht leisten, den Prozess auf der Suche nach Verbesserungen und Effizienzsteigerungsmöglichkeiten, den Prozess auf der Suche nach Perspektiven in verschiedenen Teilbereichen und den Prozess auf der Suche nach der aus der heutigen Warte der Zehner-Jahre bestmöglichen Entwicklung der Gemeinde Kriens nicht zu prüfen. Alle in Kriens können nur gewinnen, wenn man im Projekt "Starke Stadtregion" bleibt. Es geht also am 27. November nicht um die Fusion, sondern um den Verbleib im Projekt und um die Weiterführung des wertvollsten Prozesses seit Jahren mit den umliegenden Gemeinden, welche dereinst vielleicht sogar Teile der Krienser Probleme zu lösen hilft.

Alfons Graf hält einleitend fest, dass der Krienser Gemeinderat auf Eigenständigkeit und Weiterentwicklung der Gemeinde setzt. Der Sprechende möchte ihm für diese kluge Entscheidung gratulieren. Der Gemeinderat vermittelt der Bevölkerung die klare Botschaft, dass er zur Gemeinde Kriens steht. Alfons Graf fragt in die Runde, ob die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte überhaupt zur Gemeinde Kriens stehen. Wenn ja, dann soll man heute gegen die Fusionsverhandlungen stimmen und sich damit gegen eine allfällige Fusion bekennen. Er hat sich durch den Kopf gehen lassen was das Wort Fusion eigentlich in sich hat. Fusion ist für ihn einerseits eine Hilflosigkeit und ein Aufgeben. Andererseits bedeutet Fusion ein Machtgehabe und ein Eroberung und genau das will die Stadt Luzern. Die Stadt hat keine weiteren Land-Reserven und will sich an den umliegenden Gemeinden gütlich machen. Leider sind gewisse Leute und Gruppierungen in der Gemeinde Kriens überfordert und wissen nicht mehr ein und aus. Sie sind nicht mehr im Stande sich den Problemen zu stellen und selber Lösungen zu suchen. Fusion bedeutet einen grossen Büroapparat und dieser ist nicht mehr überschaubar. Das Unüberschaubare führt unweigerlich zu einem Chaos, Beispiel dafür ist die EU. Die Fusionswilligen sitzen auf dem falschen Stuhl und müssen dringend den Platz räumen und freihalten für jene die Eigenständigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung wollen und sich der Verantwortung stellen. Leute die sich für die Gemeinde Kriens einsetzen. Kriens braucht keine Verhandlungen, denn diese zielen nur auf eine Fusion hin. Man will selbst über die Gemeinde bestimmen und sich nicht von der Stadt Luzern bevormunden lassen. Die Stadtbevölkerung ist anders denkend. Bei einer allfälligen Fusion würde der Sonnenberg und der Schattenberg komplett überbaut werden. Bei Abstimmungen, welche die Gemeinde betreffen hätte die Stadt mehr Stimmenanteile. Es ist ein Märchen zu glauben, dass bei einer Fusion der Sonnenberg nicht zur Bauzone wird. Alfons Graf fragt die Befürworter, ob sie sich der Stadt unterordnen, die Kultur und die Traditionen aufgeben, das schöne Krienser Schlössli der Stadt abtreten wollen und ob in Zukunft die Stadt über das Krienser Naherholungsgebiet Hochwald bestimmen soll. Seiner Meinung nach kann das nicht sein. In früheren Jahren hätten die Krienser Leute mit solch verrückten Ideen in den Dorfbrunnen geworfen und sie mit Schimpf und Schande aus der Gemeinde vertrieben. Heute ist das anders. Man kann vernünftig miteinander reden und einen Dorf-Brunnen gibt es auf dem Dorfplatz auch nicht mehr, sondern nur noch ein Waschbecken. Die SVP will von den Verhandlungen, welche nur auf eine Fusion hinzielen, überhaupt nichts wissen. Sie steht zu den wertvollsten Gütern eines Bürgers, näm-

lich zur Selbstbestimmung, Eigenständigkeit und Freiheit. Man braucht keine fremden Vögte. Kriens hat die Power für den Alleingang. Man will Kriens nicht verkaufen.

Jennifer Maldonado bedankt sich beim Gemeinderat für den ausführlichen Bericht. Man hat bereits viele Gründe und Meinungen gehört. Die Sprechende kann nur beifügen, dass die Fusion ein Fortschritt und die Zukunft für alle Menschen bedeutet. Deswegen sagt sie als Parteilose Ja zur starken Stadtregion und zur Fusion.

Nach Räto Camenisch ist es ein grundsätzlicher Entscheid, sein Elternhaus zu verkaufen. Erst danach sucht man einen Käufer. Die Gemeinde Kriens steht aber nicht zum Verkauf. Der Gemeinderat hat die Gefahren erkannt, die Stadt Luzern stellt eine Falle. Was die Gemeinde Kriens erwartet ist eine Stadt mit Problemen. Man hat etwas in der Hand, was wirklich wertvoll ist und von anderen Personen aufgebaut wurde. Das kann man verlieren. Deshalb ist es wichtig, dass man nun aufpasst.

Erich Tschümperlin bemerkt, dass es in diesem Bereich grosse Spannungen gibt. Er findet es demokratisch bedenklich, wenn Alfons Graf fordert, dass die Befürworter von ihrem Amt zurücktreten sollen und sagt, dass diese Personen gegen Kriens sind. Ob es nun Kriens oder Luzern ist, spielt keine Rolle. Massgebend ist der Erfolg.

Martin Heiz spricht das Votum von Judith Luthiger an. Nach ihrer Aussage ist Kriens völlig am Boden. Man hat es in der Hand sich weiter zu entwickeln, was aber abgebremst wird. Vielleicht ist das auch eine Strategie. Wie man sagen kann, dass es zuwenig Informationen gibt versteht er nicht. Er hat zwei grosse Ordner voller Informationen. Der Sprechende ist glücklich, dass sich der Gemeinderat gegen die Weiterführung des Projekts ausgesprochen hat. Das Geld kann besser investiert werden, z.B. für die Schulhaussanierungen.

Judith Luthiger hat ein anderes Demokratieverständnis. Sie ist enttäuscht und hätte gerne Antworten auf ihre gestellten Fragen. Aussagen darüber, dass Kriens finanziell gut da steht bezweifelt sie. Die Rechte fordert einerseits eine Villenzone, andererseits soll nun der Sonnenberg geschützt werden. Das ist widersprüchlich. Für die Bürger ändert sich aktuell nichts. Weder die Eigenständigkeit noch die Selbstbestimmung muss aufgegeben werden.

Verena Wicki ist nicht der Meinung, dass man Kriens verkaufen will. Es ist auch nicht so, dass man als Befürworter gegen die Gemeinde Kriens ist. Bei 150'000 Personen handelt es sich um eine überschauliche Stadt und nicht um eine Grossstadt. Die Leute werden immer älter und man braucht eine wirtschaftliche Entwicklung. Man kann nicht einfach an den Gemeindegrenzen halten. Kriens muss sich besser positionieren. Dabei die Identität beizubehalten ist nötig, das ist ganz klar.

Für Alexander Wili ist es sehr vergnüglich, wenn er zitiert wird. Das ehrt ihn. Das hat er bei der Gründung der Sonnenbergbahn gesagt. Damals war der Sonnenberg als Insel mit dem Naherholungsgebiet inmitten einer Stadt eine Vision. Er hat nie gesagt, dass man fusionieren soll. Er findet, dass Judith Luthiger sehr gute Fragen gestellt hat. Diese müssen beantwortet werden. Wenn man Fusionsverhandlungen führt, sind das jedoch andere, die das für die Ge-

meinde Kriens machen. Zum Votum von Verena Wicki merkt der Sprechende an, dass weder Basel noch Genf mit umliegenden Gemeinden fusioniert haben und beide sind wirtschaftlich wichtige Standorte.

Alex Hahn bezieht sich auf das Votum von Judith Luthiger. Entweder übernimmt die Gemeinde Kriens oder die Stadt die Entscheidungen. Bei einer Fusion wird die Stadt die Entscheidungen fällen. Ausserdem weist Luzern ein grosses Finanzdefizit auf. Wie soll eine Fusion finanziell abgesichert werden? Solange sich die Gemeinden Horw und Meggen nicht an diesem Projekt beteiligen, kann eine Fusion finanziell nicht gelingen.

Gemäss Daniel Piazza ist die Verantwortung für die Zukunft sehr gross. Er möchte zuerst die Fakten und die Zahlen sehen. Dann kann man abschätzen, ob sich eine Zusammenarbeit lohnt. Aus heutiger Sicht kann man sich weder dafür noch dagegen entscheiden. Eine seriöse Aufzeichnung von Varianten ist nötig.

Nach Mirjam Kalt hat in Zürich eine wunderbare Fusion stattgefunden. Man sieht, dass dort die Identität der einzelnen Quartiere immer noch vorhanden ist. Nun sind Verhandlungen zum Wohl der Gemeinde angesagt.

Martin Heiz findet die Stadt Zürich auch ein sehr gutes Beispiel. Die Stadt hat sich im Zentrum weiterentwickelt, ringsum wurde alles liegen gelassen. Wenn es das ist, was man will, dann wünscht der Sprechende jetzt schon viel Vergnügen.

Räto Camenisch ist der Meinung, dass es schlicht darum geht, ob man Kriens bleiben will oder nicht. Das ist ein Grundsatzentscheid. Die SVP behält sich vor, die Bevölkerung darüber zu orientieren, wer für die Weiterverfolgung dieses Projektes ist.

Gemäss Helene Meyer-Jenni sind die Veränderungen der letzten 100, 50 und auch der letzten zehn Jahre gut sichtbar. Es ist Sache der Politik vorzuschauen. Zu den Herausforderungen zählen die finanzielle Schwäche und die strukturellen Probleme. Dies kann von einer einzelnen Gemeinde nicht mehr selbst gestemmt werden. Der Gemeinderat stellt fest, dass sich seine Einschätzungen mit denjenigen der KiZ grundsätzlich decken. Bezüglich des Zufallmehr von 50.65 % hält die Sprechende fest, dass dies die demokratischen Spielregeln sind. Der Schlussbericht ist kein Bericht, den man einem Expertenbüro in Auftrag gegeben hat. Viele Mitarbeiter der Gemeinden haben bei der Erstellung dieses Berichts mitgearbeitet. Die KiZ kommt zum selben Schluss wie der Gemeinderat. Man soll nicht auf die Fusionsverhandlungen eintreten. Es sind sich alle einig, dass die verstärkte Kooperation keine Lösung ist. Helene Meyer-Jenni versichert, dass der Einwohnerrat an der nächsten Sitzung durch die politische Gesamtplanung weitere Ideen des Gemeinderates bezüglich des Status Quo erhält. Jetzt braucht es Durchhaltevermögen um den Status Quo zu stemmen. Der Antrag, dass die Motion Baumgartner nicht abgeschrieben werden soll, ist kein Antrag der KiZ.

Die SVP führt aus, dass man auf einen Fusionsvertrag nicht aufbauen kann. Es sind aber immer politische Prozesse im Hintergrund. Die CVP hat besonders auf den Schutz der grünen Kuppen hingewiesen. Man ist sich nicht einig, wie dieser Schutz am besten gewährleistet werden kann. Ein städtisches Gemeinwesen ist Kriens mit 26'000 Einwohner so oder so. Die

FDP sieht die Abklärungen als Blockade. Das kann man so sehen. Im Prognos Bericht auf der Seite 35 wird die Stimmbeteiligung thematisiert. In der Stadt war die Beteiligung besser als in der Gemeinde. Deshalb ist es fraglich, ob die Bürger in der Stadt tatsächlich weniger partizipieren. Die SP hat konkrete Fragen gestellt. Der Gemeinderat macht relativ viele operative Arbeiten, das ist so. Viele Fragen, welche die SP aufwirft, wird der Gemeinderat mit der politischen Gesamtplanung, dem Finanzplan und dem Voranschlag zu beantworten versuchen. Letztendlich geht es um die Frage, wer die Gemeinde Kriens ist. Es geht um den Schutz des Lebensraums, man will eine hohe Lebensqualität. Der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dass der Status Quo am besten ist. Vorteile von Fusionsverhandlungen sieht der Gemeinderat nicht. Der Gemeinderat freut sich darüber, dass die Gemeinde Kriens als gute Arbeitsgeberin genannt wird und dass man sich nicht mehr nur auf die Steuern konzentrieren soll. Man geht davon aus, dass das gemeinsame Ziel der Schutz ist.

Alfons Graf hat gesagt, dass gewisse Personen überfordert sind. Helene Meyer-Jenni ist der Meinung, dass niemand überfordert aber alle gefordert sind. Nach Räto Camenisch soll die Gemeinde Kriens ihr "Haus" selber in Ordnung halten. Kriens sei in einer äusserst komfortablen Lage und Luzern am verlumpen. Bei dieser Aussage ist ihr nicht wohl. Daniel Piazza findet, dass der Gemeinderat die Übung zu früh abläutet. Aber der Gemeinderat sieht einen möglichen Hauskauf absolut nicht, deshalb sind auch keine weiteren Abklärungen nötig. Zum Votum von Verena Wicki meint die Sprechende, dass das Zusammenbringen von Arbeiten und Wohnen die Aufgabe von Regionen ist. An Alex Hahn stellt sie die Frage, ob es bei einer Fusion die Bevölkerung von Kriens nicht mehr gäbe.

Im Bezug auf die Motion Baumgartner kann Helene Meyer-Jenni nachvollziehen, dass man diese nicht abschreiben möchte. Diese Motion hat es aber in sich. Sie alleine würde eine Studie auslösen. Deshalb bittet sie den Rat, diese Motion abzuschreiben.

Nach Paul Winiker hat die Gemeinde Kriens schwierige strukturelle Probleme. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass der Synergieeffekt ungenügend ist. Die Entscheidungsgewalt wird verschoben, die finanzpolitischen Probleme jedoch nicht gelöst. Der finanzpolitische Nutzen kann nicht ausgewiesen werden. Auch dass ein grösseres Gemeinwesen wettbewerbsfähiger ist, steht nicht fest.

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Bei der Detailberatung gibt es keine Wortmeldungen und das Rückkommen wird nicht verlangt. Die Vorsitzende erklärt das Abstimmungsverfahren. Zuerst wird über die Ziffern 1,2,3,5, und 7 abgestimmt. Die Bevölkerung muss über die Änderung der Gemeindeordnung befinden. Die Gemeindeordnung ist mit der Zielbestimmung 1 oder 2 zu ergänzen. Sie wird nur ergänzt, wenn die Stimmberechtigten in der Stadt Luzern einen gleichlautenden Beschluss fassen. Dafür ist eine 2/3 Mehrheit nötig, sonst gibt es am 27. November 2011 keine Volksabstimmung, weil eine 2. Lesung im Einwohnerrat nötig ist. In einem zweiten Schritt wird über die Empfehlung an die Stimmberechtigte abgestimmt. Bei der Ziffer 4 wird der Änderungsantrag der FGK den Antrag des Gemeinderates gegenübergestellt. Der obsiegende Antrag wird anschliessend nochmals einer Schlussabstimmung über Ziffer 4 und 6 des Beschlusstextes unterstellt. Hier genügt das einfaches Mehr.

Abstimmung über die Ziffern 1,2,3,5,7 des Beschlusstextes zu Bericht und Antrag: Starke Stadtregion Luzern (Nr. 256/2011)

Die Ziffern 1, 2, 3, 5, 7 werden einstimmig genehmigt.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Otte, Michael	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

Anmerkung der Protokollführerin: Daniel Piazza hat sich nachträglich beim Präsidium gemeldet und erklärt, dass er die falsche Taste gedrückt hat und er natürlich ebenfalls für die Abstimmung ist.

Abstimmung über die Ziffer 4 des Beschlusstextes zu Bericht und Antrag: Starke Stadtregion Luzern (Nr. 256/2011), Antrag GR: Ablehnung, Antrag FGK:Fortfahren
Mit 17 zu 11 Stimmen wird dem Antrag des Gemeinderates zugestimmt.

Aakti, Brahim	Antrag FGK
Bienz, Viktor	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag GR
Camenisch, Räto	Antrag GR
Erni, Roger	Antrag GR
Fluder, Hans	Antrag GR
Frey, Maurus	Antrag GR
Graber, Kathrin	Antrag FGK
Graf, Alfons	Antrag GR
Hahn, Alex	Antrag GR
Heini, Martin	Antrag FGK
Heiz, Martin	Antrag GR
Kalt, Mirjam	Antrag FGK

Kaufmann-Wolf, Christine	Enthaltung
Kiener, Beatrice	Antrag GR
Koch, Patrick	Antrag GR
Konrad, Simon	Antrag GR
Lammer, Thomas	Antrag GR
Luthiger, Judith	Antrag FGK
Maldonado, Jennifer	Enthaltung
Müller, Ursula	Antrag FGK
Nyfeler, Nicole	Antrag FGK
Otte, Michael	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag FGK
Portmann, Peter	Antrag GR
Schwizer, Roland	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	Antrag FGK
Urfer, Mario	Antrag FGK
Wespi, Peter	Antrag GR
Wicki Roth, Verena	Antrag FGK
Wili, Alexander	Antrag GR

Roland Schwizer findet, dass die Motion Baumgartner nicht abgeschrieben werden soll, damit der Druck aufrecht erhalten bleibt.

Judith Luthiger denkt, dass Roland Schwizer diesen Antrag nicht stellen kann, denn in der KiZ wurde das nicht besprochen. Sie schlägt der CVP vor, zu diesem Thema einen neuen Vorstoss einzureichen.

Kathrin Graber ist der Meinung, dass der Vorstoss von Werner Baumgartner sehr vernünftig und aktuell ist. Sie findet es unnötig, einen neuen Vorstoss einzureichen. Sie stellt offiziell den Antrag, die Motion Baumgartner nicht abzuschreiben.

Abstimmung über die Ziffer 6 des Beschlusstextes zu Bericht und Antrag: Starke Stadtregion Luzern (Nr. 256/2011), Antrag GR: Motion Baumgartner abschreiben, Antrag CVP: Motion Baumgartner nicht abschreiben

Mit 21 zu 10 Stimmen wird dem Antrag des Gemeinderates zugestimmt.

Aakti, Brahim	Antrag CVP
Bienz, Viktor	Antrag CVP
Bründler, Anton	Antrag GR
Camenisch, Rätö	Antrag GR
Erni, Roger	Antrag GR
Fluder, Hans	Antrag GR
Frey, Maurus	Antrag CVP
Graber, Kathrin	Antrag CVP
Graf, Alfons	Antrag GR
Hahn, Alex	Antrag GR
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag GR
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann-Wolf, Christine	Antrag CVP
Kiener, Beatrice	Antrag GR

Koch, Patrick	Antrag GR
Konrad, Simon	Antrag GR
Lammer, Thomas	Antrag GR
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Müller, Ursula	Antrag CVP
Nyfeler, Nicole	Antrag CVP
Otte, Michael	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag CVP
Portmann, Peter	Antrag GR
Schwizer, Roland	Antrag CVP
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wespi, Peter	Antrag GR
Wicki Roth, Verena	Antrag CVP
Wili, Alexander	Antrag GR

Der **Beschlussestext** lautet wie folgt:

1. Die Gemeindeordnung der Gemeinde Kriens vom 13. September 2007 wird wie folgt ergänzt:

§ 49a Stärkung der Stadtregion Luzern durch **verstärkte Kooperation** mit der Stadt Luzern und weiteren Agglomerationsgemeinden

¹ Die Gemeinde Kriens strebt eine Stärkung der Stadtregion Luzern an.

² Der Gemeinderat schafft die Voraussetzungen für eine verstärkte Kooperation mit der Stadt Luzern und allfällig weiteren Agglomerationsgemeinden im Rahmen eines Mehrzweckgemeinerverbands.

³ Die Ausgestaltung des Mehrzweckgemeinerverbandes ist in den Statuten zu regeln. Die Statuten und damit der Beitritt zum Mehrzweckgemeinerverband unterliegen der Genehmigung durch den Einwohnerrat sowie der Stimmberechtigten im Rahmen eines obligatorischen Referendums.

2. Die Gemeindeordnung der Gemeinde Kriens vom 13. September 2007 wird wie folgt ergänzt:

§ 49a Stärkung der Stadtregion Luzern durch **Fusion** mit der Stadt Luzern und weiteren Agglomerationsgemeinden

¹ Die Gemeinde Kriens strebt eine Stärkung der Stadtregion Luzern an.

² Der Gemeinderat schafft die Voraussetzungen für eine Fusion mit der Stadt Luzern und allfällig weiteren Agglomerationsgemeinden.

³ Die Ausgestaltung und die Nebenfolgen der Fusion sind in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zu regeln. Dieser Fusionsvertrag unterliegt der Genehmigung durch den Einwohnerrat sowie der Stimmberechtigten im Rahmen eines obligatorischen Referendums.

3. Die Ergänzung der Gemeindeordnung gemäss Ziffern 1 oder 2 tritt nur in Kraft, sofern die Stimmberechtigten der Stadt Luzern einen gleichlautenden Beschluss fassen.
4. Der Einwohnerrat empfiehlt den Stimmberechtigten, sowohl Ziffer 1 wie auch Ziffer 2 vorstehend abzulehnen.

5. *Der Beschluss zur Ergänzung der Gemeindeordnung gemäss vorstehenden Ziffer 1 oder 2 unterliegt dem obligatorischen Referendum.*
6. *Mit vorliegendem Bericht und Antrag sind die folgenden Vorstösse erledigt und abgeschrieben:*
- *Motion Baumgartner: Sparpotenzial durch Zusammenarbeit mit Agglomerationsgemeinden (Nr. 101/06)*
 - *Motion Bättig: Die Dynamik nutzen und Klarheit in der Fusionsfrage schaffen (Nr. 176/07)*
 - *Motion Zeder: Kriens als Teil der Region Luzern (Nr. 177/07)*
 - *Motion Luthiger: Objektive Diskussion "Zukunftsperspektiven von Kriens" (Nr. 180/07)*
 - *Motion Morf: Prognos-Bericht; alle Fakten gehören auf den Tisch (Nr. 270/08)*
7. *Der Gemeinderat wird beauftragt, die Volksabstimmung durchzuführen.*

Abstimmung über die Ziffern 4 und 6 des Beschlusstextes zu Bericht und Antrag: Starke Stadtregion Luzern (Nr. 256/2011)

Dem Beschlusstext wird mit 18:10 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Viktor	Enthaltung
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	Enthaltung
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	ja
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Otte, Michael	ja
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Wili, Alexander	ja

5a Begründung Volksmotion: Keine Hochhäuser auf dem Eichhofareal Nr. 247/11

Matthias Senn führt aus, dass der Gemeinderat der Überweisung opponiert. Wenn die Volksmotion abgelehnt wird, ist dies der Auftrag den Bebauungsplan vorzubereiten. Dieser wird dann in zwei Lesungen behandelt. Lehnt der Einwohnerrat die Volksmotion ab, bleibt die zum heutigen Zeitpunkt erlaubte Gebäudehöhe bestehen. Die Argumente, weshalb der Gemeinderat gegen eine Überweisung ist, kann man in seiner Begründung lesen. Der Gemeinderat kam zum Schluss, dass das Projekt, so wie es jetzt aufgestellt ist, städtebaulich richtig ist.

Gemäss Martin Heiz wird in der Traktandenliste von einem Bericht gesprochen. Es ist aber die Begründung zur Volksmotion. Obwohl der Gemeinderat für die Beantwortung sechs Monate Zeit hätte, wird die Volksmotion bereits heute im Einwohnerrat behandelt. Für die Grundeigentümerin und die Projektverantwortlichen ist es wichtig, dass die politische Klärung der auf dem Eichhofareal geplanten Projekte durch den Gemeinde- und Einwohnerrat rasch stattfindet, damit die politische Abstützung für die Erarbeitung des Bebauungsplans vorhanden ist. Beim Entscheid des Einwohnerrates geht es nicht um eine konkrete Beurteilung des Bauprojekts, sondern um die Klärung der baurechtlichen Grundvoraussetzungen für den Bau von Hochhäusern. Für das betroffene Areal wurde das Bau- und Zonenreglement (BZR) durch den Einwohnerrat im Jahre 2009 im Rahmen einer Teilrevision verabschiedet und vom Regierungsrat in Kraft gesetzt. Die maximale Gebäudehöhe von Hochhäusern wollte die Gemeinde im anschliessenden Bebauungsplanverfahren festlegen. Anwohnende hatten diesen Entscheid aber ans Verwaltungsgericht weitergezogen und bekamen in zweiter Instanz insofern Recht, dass die Gemeinde Kriens das BZR bezogen auf Hochhäuser, auch für das betroffene Gebiet Eichhof, genauer definieren muss. Dabei geht es nicht um die Grundsatzfrage von Hochhäusern, sondern um die Festlegung von Standorten und Maximalhöhen. Diese Präzisierung im BZR soll jetzt erfolgen. Die BZR-Ergänzung wird anschliessend wiederum dem Parlament zur Beschlussfindung unterbreitet werden. Die Mitglieder der BK erachten das optimal erschlossene Gebiet als geeignet für die geplanten Hochhäuser. Architektonisch und städtebaulich macht dieses Projekt Sinn, auch hat der Regionalplanungsverband in einem Grundlagenpapier dieses Gebiet als geeignet für Hochhäuser definiert. Es wird als Aufwertung für dieses Gebiet angesehen. Die Baukommission schliesst sich den Begründungen des Gemeinderates an und lehnt die Volksmotion einstimmig ab.

Die SVP steht nach Martin Heiz einstimmig hinter dem Antrag des Gemeinderates. Die SVP-Fraktion hat sich gefragt, wo sich Kriens entwickeln will, wenn nicht dort. Die Investoren sind bekannt, es sollen eine Schule, Arbeitsplätze und Wohnungen entstehen. Auch die Hochhäuser stammen aus einem Wettbewerb mit namhaften Architekten. Es wäre Zeit, dass der Eingang von Kriens auch eine Identität bekommt. Das Projekt ist überdacht. Deshalb empfiehlt die SVP die Ablehnung der Volksmotion.

Die CVP-Fraktion hat gemäss Roland Schwizer Höhenangst bekommen, als ihr das Projekt "Eichhof West" vorgestellt wurde. Die immense Höhe der beiden Hochhäuser von 56 und 68 Metern hat fast ein bisschen geschockt. Damit sich die Fraktion ein Bild über die Situation machen konnte, haben sie anlässlich einer Projektpräsentation sowohl die Argumente der Initianten des Projekts wie auch die der Einsprecher angehört. Sie geben den Einsprechenden Recht, dass mit dem Bau dieser Hochhäuser das dahinterliegende, über die Jahre gewachsene Quartier Einbussen an Wohnqualität erleben

wird. Auch sind sie mit den Einsprechenden einig, dass die Höhe der beiden Hochhäuser ein markanter Einschnitt in die Raumgestaltung im Bereich Eichhof sein wird und dass mit den rund 200 Wohnungen eine Mehrbelastung des heute schon stark belasteten Verkehrsnetzes erfolgen wird. Gemäss dem regionalen Hochhauskonzept, das von LuzernPlus im Jahr 2008 verabschiedet wurde, ist das Areal Eichhof für den Bau von Hochhäusern mit einer Bauhöhe von über 35 Metern geeignet. Die Gemeinde Kriens hat dieses Konzept in die Revision der Ortsplanung 2009 einfliessen lassen und mit einer hangseitigen Höhenbeschränkung von 485 m.ü.M. die Bauhöchstgrenze festgelegt. Die Ausweitung dieser Höchstbaugrenze auf das gesamte Areal, wie es die Einsprechenden verlangen, ist nicht vorgesehen. Die zu erwartenden Lärmimmissionen, wie auch der mögliche Schattenwurf, die von den Einsprechenden ins Feld geführt werden, halten sich gemäss Studien der Projektleitung in tolerierbaren Grenzen. Der zu erwartende Mehrverkehr, der sich aus der Bereitstellung von 200 Wohnungen ergeben wird, ist bereits bei der Neugestaltung der Langsägestrasse eingeflossen. Die Kapazität der Rotlichtanlagen ist für dieses Verkehrsaufkommen gerüstet. Mit der Forderung der Volksmotion, keinen Mehrverkehr zuzulassen, werden auch andere Projekte verunmöglicht. Im Gegensatz gibt die CVP-Fraktion auch den Initianten des Projekts Recht, dass Kriens hier eine einmalige Chance erhält, mit einem interessanten Projekt den Entwicklungsschwerpunkt Eichhof nachhaltig zu gestalten. Mit rund 200 Wohnungen und der geplanten Hotelfachschule mit Campus wird eine grosse Baulücke in Kriens mit einem gut abgestimmten Projekt geschlossen. Mit dieser verdichteten Bauweise setzt Kriens ein weiteres Zeichen, dass die Gemeinde in Zukunft nicht mehr flächenmässig wachsen wird, sondern die Möglichkeiten ausschöpfen muss, auf der gegebenen Baufläche das Optimum herauszuholen. Ein weiterer Aspekt ist der nicht unwesentliche Anstieg des Steuersubstrates, der zu erwarten ist. Nach einer kritischen Abwägung von Pro und Kontra kommt die CVP-Fraktion zum Schluss, dass die positiven Aspekte dieses Projekts überwiegen. Das erwartete Steueraufkommen und die geringe zu erwartende Verkehrsbelastung sind wichtige Aspekte, die für dieses Projekt sprechen. Sie bedauern, dass für einige wenige die Wohnqualität beeinträchtigt wird aber eine grosse Mehrheit der Krienser Bevölkerung wird einen Nutzen aus dieser Überbauung ziehen. Aus diesem Grund ist die CVP-Fraktion mehrheitlich gegen die Annahme der Volksmotion.

Nach Thomas Lammer hat der Einwohnerrat von Kriens am 17. Dezember 2009 die Teilrevision der Ortsplanung mit deutlichem Mehr bewilligt und wies die Einsprachen von Anwohnern des Steinhofweges ab. Auch die FDP-Fraktion hat der damaligen Revision einstimmig zugestimmt. Bei der Präsentation des Projekts konnte sich der Sprechende persönlich über das Projekt informieren. Im Gegensatz zu anderen Wettbewerbsprojekten weist das Siegerprojekt einen Zwischenraum von rund 70 Metern auf und ermöglicht damit einen grossen Durchblick. Es ist aber zweifellos so, dass Hochhäuser den Ausblick einschränken. Aber der Ausblick ist bekanntlich nicht geschützt und man kann nicht erwarten, dass dieser lebenslanglich erhalten bleibt. Das wissen auch die Motionäre. Entsprechend sind andere Gründe aufgeführt, welche teilweise etwas gesucht sind und in der gemeinderätlichen Begründung aufgeführt sind. Andere Projekte kamen einem Riegel ähnlich daher und wiesen nicht dieselbe architektonische Qualität auf. "Eichhof West" schafft neuen, attraktiven städtischen Raum. Die architektonische Qualität ist hoch. Die FDP-Fraktion erachtet auch den Standort als geeignet, ähnlich wie dies der damalige Regionalplanungsverband Luzern in seinem Hochhauskonzept für die Region sieht. Auf dem Gebiet zwischen der Brauerei Eichhof und der Autobahn soll man künftig wohnen, studieren und arbeiten können. Kriens profitiert davon sowohl städtebaulich wie auch finanziell. Die FDP-Fraktion wird aus diesen Gründen gemäss Empfehlung des Gemeinderates die Volksmotion grossmehrheitlich ablehnen.

Mario Urfer führt aus, dass bei der Teilrevision der Ortsplanung im Jahr 2009 die ganze SP-Fraktion dem Teilzonenplan Eichhof-West zugestimmt hat. Mit dem Hochhauskonzept erhält man die erwünschte Nutzungsdichte. Kriens ist schon lange kein Dörfchen mehr. Die interessierten Investoren haben ein Projekt das ein Konzept aufzeigt. Das Projekt ist sehr Urban und setzt städtebauliche Akzente. Die SP-Fraktion lehnt die Volksmotion ab. Sie stellen jedoch Fragen und fordern genaues Hinschauen bei der Umsetzung des Projektes. Betreffend Verkehrskonzept braucht es dringend Lösungen, denn die neue Nutzung des Eichhofareals wird eine Zunahme von Busbenützenden zur Folge haben. Das heisst es braucht mehr Busse und vor allem höhere Kapazitäten. Wie will der Gemeinderat dieses Problem angehen? Kann er mit dem Projekt genügend Druck für eine Leistungssteigerung und eine gute Anbindung des ÖV ausüben? Man rechnet mit 2,5 % mehr Personen, die den Bus benützen, welche Tageszeiten wird dies betreffen? Das Areal ist an einer viel genutzten Velostrecke. Das Projekt setzt ein gut ausgebautes, sicheres Fuss- und Velonetz voraus. Wie sieht das der Gemeinderat, was hat er vor? Im Schreiben, Eichhof-West - Die Integrations-Philosophie, der BVK steht: "Neben Wohnungen für Familien aber auch für urbane Kleinhaushalte soll rund ein Drittel des Angebots speziell auf die Bedürfnisse der Altersgruppe ab 65 Jahren ausgerichtet sein." Der Gemeinderat hat die Wohndurchmischung einzufordern. Das Projekt wird ein markantes Erscheinungsbild haben und das Orts und Landschaftsbild verändern. Deshalb ist die Materialwahl, Farbgebung der Fassadengestaltung so zu wählen, dass sie ästhetisch in die Umgebung eingliedert. Der Qualitätsanspruch des Projekts muss hoch gehalten und im Bebauungsplan festgehalten werden. Die SP will, dass das Projekt hält was es verspricht.

Gemäss Maurus Frey geschieht es selten, dass die Bürger, welche der Einwohnerrat hier vertritt, so direkt ihre Besorgnisse und Einwände mitteilen wie mit einer Volksmotion. Den Grünen ist sehr wichtig, dass Sorgen und Einwände von den unterzeichnenden Bürgern sorgfältig beurteilt werden. Sie wollen nicht, dass sich der Siedlungsraum immer mehr ungebremst ausweitert und in die Natur frisst. Eine Konsequenz daraus ist, dass neue, grosse und brache Bauflächen knapp werden. Um haushälterisch mit dem vorhandenen Boden umzugehen, wollen sie eine verdichtete Bauweise fördern. Hochhäuser mit hoher Wohn- und Lebensqualität verwirklichen diese verdichtete Bauweise. Sie lassen Platz für Grün- und Freiflächen, welche bei einer hohen Dichte noch wichtiger werden. Die Volksmotion hat zum Ziel, den Bau von Hochhäusern auf dem Eichhofareal auszuschliessen. Die Grünen wollen jedoch Hochhäuser nicht per se ausschliessen. Um die Natur um jeden Preis vor Überbauung zu bewahren, wollen sie aber auch nicht Hochhäuser an jeden noch so unpassenden Ort hinpflanzen. Stichwort: PanGas Überbauung. Sie sind überzeugt, dass das interkommunal ausgearbeitete Hochhauskonzept „verhebt“ und wollen sich nach diesem richten. Das Eichhofareal ist in diesem Hochhauskonzept als möglicher Standort für höhere, verdichtete Bauweise ausgewiesen worden. Diesen Standpunkt vertreten die Grünen ebenfalls. Sie befürchten, dass eine flächige und gleichzeitig verdichtete Bauweise auf dem Eichhofareal, wie von der Volksmotion gefordert, zu einer schlechteren Wohnqualität in der Nachbarschaft führt. Ihnen ist es wichtig den Bedenken und Einwände der Motionäre Rechnung zu tragen. Das bedingt, dass sich die Sachverständigen vom Baudepartement, der Gemeinderat und der Einwohnerrat kritisch mit den genannten Punkten während des ordentlichen Bewilligungsverfahrens von Bebauungsplan und den der Baueingabe auseinander setzen: Schattenwurf, Auswirkungen auf Lärmemissionen und Problematik der Verkehrsehrschliessung. Die Motionäre haben in diesem Verfahren die Möglichkeit ihre sachlichbegründeten Einwände geltend zu machen. Die Grünen lehnen die Volksmotion ab.

Im Namen der JCVP spricht sich Daniel Piazza für die Annahme der Volksmotion aus. Man lebt in einer Zeit, in welcher der Homo Oeconomicus Hochkultur hat. Was zählt ist Rendite, Return on Investment, Cash is King. Das beten uns die Herren in Nadelstreifen ununterbrochen vor. Der Sprechende selbst hat im Verlaufe seines Ökonomie-Studiums genügend Gelegenheiten gehabt, dieses Konzept kennenzulernen. Teile davon entsprechen einer wirtschaftlichen Sichtweise, die er mitträgt, aber in seiner Absolutheit ist es schlicht untauglich. So darf es nicht weitergehen! Paracelsus, Mediziner und Apotheker, sagte einst: Allein die Dosis macht das Gift. Oder anders gesagt, zuviel des gleichen ist immer ungesund. Daniel Piazza geht es um die grossen Linien in der Gemeinde Kriens. Ja, man muss ein attraktiver Wirtschaftsstandort sein. Man muss attraktiv für Investoren sein, woher sie auch immer kommen mögen. Man muss sich um den Werkplatz Kriens und um Arbeitsplätze in Kriens kümmern. Aber will man es zulassen, dass diesem Ziel alles untergeordnet wird? Ist es richtig, dass die Bedürfnisse des kleinen Mannes, d.h. des einzelnen Bürgers, nicht einmal gebührend angehört werden? Oder anders gesagt: Will man es zulassen, dass in der Gemeinde Kriens Projekte durchgeboxt werden? Ohne Rücksicht auf eine der wichtigsten Anspruchsgruppen eines solch wegweisenden Bauvorhabens. Nämlich den Anwohnern, welche seit Jahren treue Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde und Steuerzahler sind. Knallhart wurde im vorliegenden Fall taktiert. Es ist damit gerechnet worden, dass es sich niemand, zuallerletzt die Krienser Politik mit ihrem angeschlagenen Finanzhaushalt, leisten wird, ein solch gigantisches Bauprojekt mit vielen Perspektiven abzulehnen. Die Investoren, selbst einem Gemeinwesen verpflichtet und damit auch dem Kontext von Anspruchsgruppen wie der Politik, dem Kanton und einzelnen Bürgern bzw. PK-Versicherten verpflichtet, haben sich offenbar nicht um die Anliegen der Anwohner gekümmert. Nein, sie haben sich ausschliesslich um die Optimierung ihres neuen Renditeobjekts gekümmert. Entweder man nimmt das, was einem vorgelegt wird oder man kann es vergessen. Der Sprechende hält dies für einen Fehler. Kriens soll eine Gemeinde sein, in der die Bedürfnisse von Bürgern in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Kriens soll eine Gemeinde sein, in der es ein Nebeneinander gibt zwischen wirtschaftlichen Interessen und dem Wohl der Bevölkerung. Kriens soll eine Gemeinde sein, in der die Bürger nicht Underdogs sind, über deren Köpfe hin entschieden wird. Den Bürgern soll mehr Gehör verschaffen werden und zusammen mit ihnen sollen einvernehmliche Lösungen gesucht werden. Denn das ist nicht nur im Interesse der Unterzeichnenden der Volksmotion, sondern generell für die Bürgerinnen und Bürger. Und wohlverstanden, die Anwohner sind nicht gegen Hochhäuser und verdichtetes Bauen, genauso auch die JCVP, ganz im Gegenteil. Aber es soll ganz einfach eine verträgliche Hochhaus-Lösung für das Eichhofareal geben. Mit Blick in die Runde, befindet sich die JCVP in diesem Rat wohl in einer Minderheitsrolle. Eine verlorene Stimme, mag man urteilen. Aber nein, das ist sie ganz sicher nicht. Sie ist eine Stimme für einen dialogorientierten Stil, für Konsens statt Einwegkommunikation. Für eine gesunde Weiterentwicklung und Wachstum der Gemeinde, auf einem Fundament, hinter dem man stehen kann, als wäre man selbst betroffen. Der Sprechende hofft, dass die Investoren die Extrameile doch noch gehen und mit den Anwohnenden eine einvernehmliche Lösung suchen. Vielleicht, weil sie es müssen, wenn es vielleicht dazu kommt, dass der Krienser Souverän sich hinter seine Mitbürger stellt und das Anliegen an der Urne unterstützt. Oder, viel besser, wenn die Investoren von sich aus die Initiative ergreifen und proaktiv das Gespräch suchen. Das wäre sehr begrüssenswert für eine öffentliche Pensionskasse, wenn sie ein so grosses und für so viele Menschen einschneidendes Bauprojekt wirklich realisieren will. Vom Gemeinderat erwartet die JCVP, dass er in den kommenden Monaten eine mediative Rolle übernimmt. Das ist sehr wichtig für die Bürger, die Investoren und letztlich auch für die Gemeinde.

Räto Camenisch ist der Meinung, dass sich Daniel Piazza, welcher von Prof. Hans Kollhoff Zuspruch erhalten hat, durch sein Votum profilieren will. Der Sprechende liest den letzten Abschnitt des Schreibens von Prof. Hans Kollhoff vor: "Was in aller Welt gibt diesen unsägli-

chen Megastrukturen das Recht, sich vor ein Wohnquartier zu stellen, das über Generationen gewachsen ist? Was gibt ihnen das Recht, eine der schönsten und reizvollsten Schweizer Landschaften derart zu dominieren? In seiner Grossspurigkeit ist dieses Projekt einfach unanständig und ein groteskes Dejavu-Erlebnis! Dass gerade die siebziger Jahre, die Zeit nie dagewesener städtebaulicher und architektonischer Verantwortungslosigkeit und entsprechender Katastrophen, fröhliche Urständ feiern würde und das am Vierwaldstädter See, wer hätte sich das träumen lassen!"

Beatrice Kiener ist es ein Anliegen, dass man das Ganze nochmals überdenkt. Es würde ihr überhaupt nicht gefallen, wenn beim Tor zu Kriens zwei Hochhäuser stehen würden.

Kathrin Graber findet, dass Einzelmeinungen in diesem Rat genau so Platz haben, wie Mehrheitsmeinungen. Sie bittet, dass man mit den Minderheiten korrekt umgeht. Das hat nichts mit einer Profilierungsneurose zu tun.

Brahim Aakti ist derselben Meinung wie Kathrin Graber.

Roger Erni war selbst einmal in der Lage, dass er sich gegen ein Bauprojekt wehren musste. Er hat genau dasselbe unternommen wie die Betroffenen dieses Projektes und es wurde ebenfalls abgelehnt. Er ist für ein klares Nein.

Gemäss Daniel Piazza hat die JCVP dieses Thema besprochen, es ist also die Meinung der Partei.

Erich Tschümperlin führt aus, dass die Gemeinde Kriens über das Gebiet eines Quartiers entscheidet. Vermutlich möchten die Bewohner nun eine eigene Gemeinde sein, damit sie selbst entscheiden können. Die Frage ist, welches die richtige Grösse ist. Am Schluss ist sonst jedes Grundstück eine eigene Gemeinde.

Abstimmung über die Überweisung der Volksmotion: Keine Hochhäuser auf dem Eichhofareal
Die Überweisung der Volksmotion wird mit 25:4 Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Rätö	Enthaltung
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja

Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Otte, Michael	nein
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Schwizer, Roland	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	Enthaltung
Wicki Roth, Verena	nein
Wili, Alexander	nein

Johanna Dalla Bona unterbricht die Sitzung für eine Pause von 16:20 Uhr bis 16:40 Uhr.

6. Bericht und Antrag: Bauabrechnung für Kunstrasenfeld auf Kleinfeldareal und Teilsanierung Leichtathletikanlage Nr. 249/11

Gemäss Martin Heiz hat sich die Baukommission mit dieser Abrechnung befasst. Sie hat mit einer Zweier-Delegation eine Prüfung vorgenommen. Das Projekt wurde, wie man es gewohnt ist, sehr professionell abgewickelt. Dank der Sportförderung konnte sogar der damals bewilligte Kredit eingehalten werden. Die Baukommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig die Genehmigung der Bauabrechnung.

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Da keine weiteren Bemerkungen folgen und kein Rückkommen verlangt wird, verliert Johanna Dalla Bona den Beschlusstext:

Die Bauabrechnung für Kunstrasenfeld auf Kleinfeldareal und Teilsanierung Leichtathletikanlage im Betrage von Fr. 2'003'360.65 wird genehmigt.

Abstimmung

Dem Beschlusstext wird mit 29 Stimmen zugestimmt.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja

Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Otte, Michael	ja
Piazza, Daniel	n.t.
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	ja
Tschümperlin, Erich	n.t.
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

7. Bericht und Antrag: Bauabrechnung Baukredit Hort Meiersmatt Nr. 250/11

Gemäss Martin Heiz hat sich die Baukommission mit dieser Abrechnung befasst. Sie hat mit einer Zweier-Delegation eine Prüfung vorgenommen. Hier kann man sehen, dass der Minergiestandard seinen Preis hat. Bei der Prüfung konnte man auch feststellen, dass es für diesen Standard und für die Zertifizierung einen grossen administrativen Aufwand braucht, sei es seitens der Planer, seitens der Unternehmer und auch seitens des Bauherrn. Die Baukommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig die Genehmigung der Bauabrechnung.

Toni Bründler führt aus, dass die SVP der Bauabrechnung nicht einstimmig zustimmt. Man hat bereits bei der Kreditverteilung vor dem Betrag für den Minergiestandard gewarnt. Es ist überrissen, fast 1 Mio. Franken für einen solchen Hort auszugeben. Ein Sparvorschlag wurde gemacht.

Thomas Lammer teilt mit, dass die FDP-Fraktion, im Gegensatz zur SVP, die Bauabrechnung einstimmig genehmigt. Es ist erfreulich, dass der geplante Kostenrahmen eingehalten werden konnte. Die Gesamtkosten belaufen sich gemäss Bauabrechnung auf rund 948'000 Franken und liegen damit 14'000 Franken unter dem bewilligten Baukredit inkl. Nachtragskredit gemäss Beschluss des Einwohnerrates. Es ist aufgefallen, dass die bewilligten Zusatzkosten für die Minergieaufwendungen rund 10 % der Gesamtkosten betragen. Aufgrund der Nutzung, welche ein permanentes Kommen und Gehen mit sich bringt, ist dies fraglich. Man ist der Meinung, dass sich diese Investition nicht vollumfänglich ausbezahlen wird.

Judith Luthiger erläutert, dass die SP-Fraktion der Bauabrechnung zustimmt. Der Einwohner-rat hat beschlossen, den Minergiestandard bei Neubauten zwingend einzuhalten. Dies wurde nun so vorgenommen und hat zu Mehrkosten geführt. Das Know-how kann man für den nächsten Bau (beispielsweise Hort Roggern) nutzen und davon profitieren. Es wurde daher kein Geld „in den Sand gesetzt“. Sie hofft, dass der Hort Roggern bald in Angriff genommen wird.

Maurus Frey äussert, dass bereits in der Baukommission darüber gesprochen wurde, dass dies ein teures Bauprojekt ist. Er gibt aber zu bedenken, dass eine Nutzfläche von 230 m² vorhanden ist, sanitäre Anlagen und eine grössere Küche für den Mittagstisch. Es bestehen besondere Anforderungen an öffentliche Bauten. Wer behauptet, ein so grosses Einfamilienhaus mit Minergie günstiger erstellen zu können, soll unbedingt den Job wechseln und ein Baubüro eröffnen. Die Zertifizierung betreffend Minergie ist sehr wichtig, da die Gemeinde mit dem Label „Energistadt“ eine entsprechende Vorbildfunktion erfüllen soll. An einer Budget-Debatte wurde gefordert, 3 % bei Energieaufwendungen einzusparen. Dies ist aber nicht möglich, wenn man nach Minergie bauen möchte. Die Grünen sind einstimmig für die Annahme der Bauabrechnung Hort Meiersmatt.

Matthias Senn bittet, bei Bauabrechnungen keine politische Diskussion mehr zu führen, welche bereits beim Projekt geführt wurde. Es geht beim vorliegenden Bericht und Antrag nun darum, die Abrechnung zu prüfen. Grundsätzlich ist das Gebäude teurer. Dies ist aber normaler Baustandard. Durch den Minergiestandard kostet es mehr. Es war jedoch ein politischer Entscheid, neue Gebäude nach Minergiestandard zu bauen.

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Martin Heiz äussert sich zur Synergienutzung für ein zweites Projekt. Bei der Überprüfung der Abrechnung hat man sich betreffend Synergien erkundigt. Die Einsparungen für das nächste Projekt seien marginal. Nach Aussagen des Projektleiters müssen auch bei einem weiteren Projekt alle Ausschreibungen wieder gemacht werden. Es kann sein, dass nicht der gleiche Architekt und nicht die gleichen Unternehmer ein weiteres Projekt ausführen, deshalb muss man sich nicht zu viele Hoffnungen machen.

Da keine weiteren Bemerkungen folgen und kein Rückkommen verlangt wird, verliert Johanna Dalla Bona den Beschlusstext:

Die Bauabrechnung Baukredit Hort Meiersmatt im Betrage von Fr. 947'980.45 wird genehmigt.

Abstimmung

Dem Beschlusstext wird mit 25:4 Stimmen zugestimmt.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	nein
Erni, Roger	ja

Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Otte, Michael	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Schwizer, Roland	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	Enthaltung
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

8. Bericht und Antrag: Reglement über Betreuungsgutscheine für Kinder im Vorschulalter 1. Lesung Nr. 258/11

- 1. Reglement über Betreuungsgutscheine für Vorschulkinder
- 2. Fragen zur Verordnung über Betreuungsgutscheine für Vorschulkinder - zur Kenntnisnahme, wird durch GR erlassen
- 3. Bericht und Antrag

Johanna Dalla Bona bemerkt, dass es noch keine Abstimmung über den Bericht und Antrag gibt, da es die erste Lesung ist. Sie begrüsst als Sachverständigen Thomas Kost.

Martin Heini, namens der Umwelt- und Sicherheitskommission (USK), hält drei Kernpunkte zum Bericht und Antrag fest:

- Kleinkinder im Vorschulalter
- zahlbare Betreuungsangebote als Entscheidungskriterien bei der Ortssuche
- Payback-Faktor für die Gemeinde von ca. 1,5 Franken

Cyрил Wiget und Miriam Troxler, Geschäftsführerin des Gemeinnützigen Frauenvereins Kriens (GFV), haben das Projekt in der USK vorgestellt. Die USK hat diverse Punkte vertieft betrachtet. Das Modell ist angelehnt an erfolgreiche Pilotprojekte. Eine Einführung der Betreuungsgutscheine heisst Umstellung mit entsprechenden Vorkehrungen. Man ist der Ansicht, dass

man da auf gutem Weg ist. Die Umstellung erfolgt kostenneutral. Wenn die Nachfrage ansteigt, müsste ein Angebotsausbau stattfinden, was wiederum die Attraktivität des Angebots steigert. Eine minimale Kostenbeteiligung von Fr. 25.00 ist gerechtfertigt. Es gibt ein Geschwisterrabatt von Fr. 10.00; für 2 Kinder bezahlt man also Fr. 40.00. Dies sollte evtl. aufgrund der Änderbarkeit in die Verordnung aufgenommen werden. Zudem ist ein Minimalpensum von 120 % bei zwei Erwerbstätigen erforderlich. Ein wichtiger Punkt ist die Qualitätskontrolle des zuständigen Departements. Der Wettbewerb unter den Kindertagesstätten hilft auch zur Erhaltung der Qualität. Zur Kontrolle der Steuerdaten soll auch eine gute Zusammenarbeit über die Departement hinweg stattfinden. Die USK sieht mit diesen Bemerkungen die Betreuungsgutscheine auf gutem Weg für die zweite Lesung.

Gemäss Simon Konrad steht die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) dem Systemwechsel positiv gegenüber. Für die zweite Lesung wurden einige Punkte angeregt, die allfälligen Missbrauch entgegenwirken sollen, z.B. bei arbeitslosen Personen oder der Qualitätssicherung. Anträge zu höheren Arbeitspensen von mindestens 40 % bei Alleinerziehenden bzw. 140 % bei Paaren oder höhere Eigenleistungen von mindestens Fr. 35.00 pro Tag wurden von der FGK verworfen. Die finanzielle Unterstützung der bisher voll subventionierten Kitas soll auf ein Jahr beschränkt werden. Die FGK wünscht sich einstimmig eine Ergänzung im Beschlusstext. Ein Wirkungsbericht soll eine Erfolgskontrolle über den Gesamtnutzen der Gemeinde liefern.

Toni Bründler teilt mit, dass die SVP-Fraktion grundsätzlich nichts gegen das Reglement hat. Dies ist auf bestem Wege. Man ist aber skeptisch über den Payback-Faktor von 1,5. Bezüglich Wettbewerb kann man dafür oder dawider sein. Die SVP ist aber eher dafür. Es könnten sicher noch Einsparungen vorgenommen werden, beispielsweise beim Chinderhuus Bellpark. Die SVP tritt auf den Bericht und Antrag ein.

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf freut sich die CVP/JCVP-Fraktion, dass das von Monika Marbacher eingereichte Postulat „Betreuungsgutscheine für ausserfamiliäre Kinderbetreuung“ in absehbarer Zukunft eingeführt wird. Die Fraktion ist überzeugt, dass in diesem Falle der Gemeinderat weitsichtig entschieden und gehandelt hat. Mit dem Systemwechsel wird Kriens als attraktive Wohngemeinde und auch als Firmenstandort wahrgenommen. Kriens hat nun neben Luzern und Horw eine Vorreiterrolle. Emmen hat bereits nachgezogen und man ist überzeugt, es werden in absehbarer Zeit auch noch andere Gemeinden den Systemwechsel vollziehen. Die Vorteile liegen für alle Beteiligten auf der Hand. Die Sprecherin wird diese nicht nochmals aufzählen. Alle wissen, dass durch dieses System für jeden investierten Franken wieder Fr. 1.47 an die Gemeinde zurückgeht. Und dies in Form von höheren Steuereinnahmen der erwerbstätigen Eltern und durch eine Kostenreduktion bei der Sozialhilfe. Das sympathische am Betreuungssystem ist, dass nun eine Rechtsgleichheit geschaffen wird. Es wird nicht mehr so sein, dass nur wenige Eltern unterstützt werden, welche einen freien Betreuungsplatz in ausgewählten Kitas ergattern konnten, sondern alle Eltern, welche die Kriterien des Betreuungsgutscheins erfüllen, werden unterstützt. So ist der Systemwechsel für die Eltern, die Kitas und die Gemeinde ein Gewinn. Die CVP/JCVP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für die Umsetzung des CVP-Vorstosses.

Roger Erni hält fest, dass sich die FDP-Fraktion schon bei der Hort-Diskussion vor zwei Jahren dafür einsetzte, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiger Wettbewerbsvorteil für eine Gemeinde ist. Jetzt steht man mit der Kinderbetreuung im Vorschulalter vor dem

nächsten Schritt. Die FDP-Fraktion steht dem Systemwechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung positiv gegenüber. Mit der Einführung von Betreuungsgutscheinen verfolgt die Gemeinde Kriens folgende Zielsetzungen:

- Wiederherstellung der Rechtsgleichheit aus Sicht der Eltern und aus Sicht der Anbieter: Insbesondere diese Wiederherstellung wird aus liberaler Sicht sehr geschätzt. Private Krippenanbieter werden durch die Beseitigung der ungleichen Spiessse im Wettbewerb gestärkt und die bis heute subventionierten Betriebe müssen und sollen sich im Wettbewerb messen.
- Standortattraktivität: Die FDP ist überzeugt, dass die Standortattraktivität steigen wird. Die im B+A erwähnten Kosten-Nutzen-Vergleiche untermauert der Sprecher aus ökonomischer Sicht mit dem sogenannten „Return on Investment“ (ROI). Unter ROI versteht ein Ökonom den Zusammenhang zwischen einer Investition – in diesem Fall die Ausgaben der Kinderbetreuung, auf Seite 8 im B+A rund Fr. 800'000.00 – und dem Ertrag aus dieser Investition – in diesem Fall die eingesparten Sozialhilfekosten plus die höheren Steuereinnahmen aufgrund des überprüfbaren Faktums, dass die Anspruchsberechtigung an das Erwerbsspensum der Familie und an das steuerbare Einkommen gekoppelt ist, im Umfang von Total 1,2 Millionen Franken. Daraus kann der Return on Investment ausgerechnet werden: Fr. 1,2 Mio. / Fr. 800'000.00 = 1.5.

Der Sprecher bemerkt weiter, dass die im B+A vorgeschlagene Lösung keine Luxuslösung ist, weil

1. der Betreuungsgutschein-Anspruch begrenzt und bis Fr. 100'000.00 steuerbares Einkommen degressiv abnehmend ist und
2. ein Mindestbetrag von Fr. 25.00 pro Tag existiert, welcher die Eltern auch in der tiefsten Einkommensklasse zu übernehmen haben (in der Stadt Luzern beträgt dieser Ansatz Fr. 15.00).

Die FDP-Fraktion steht hinter diesem B+A und hat für die zweite Lesung zwei Anmerkungen:

1. Der Gemeinderat wird gebeten, Art. 2 „Höhe der Betreuungsgutscheine“ der Verordnung der Seite 12 des B+A anzugleichen. Dort ist wahrscheinlich eine der Tabellen nicht „synchronisiert“ worden.
2. Der Gemeinderat wird weiter gebeten, vorzusehen (analog der FGK), dass die im B+A gemachten Aussagen zum Kosten-Nutzen-Verhältnis durch einen Bericht an den Einwohnerrat in spätestens 3-4 Jahren nachgeprüft werden können. Stimmt der in diesem Bericht erwähnte ROI von 1,5?

Der Sprecher dankt für den guten, informativen und familienpolitisch fortschrittlichen Bericht.

Martin Heini bemerkt namens der SP-Fraktion, dass mit dem Bericht und Antrag klar gestellt wird, dass Kleinkinder im Vorschulalter und finanziell dürftig gebettete Eltern im Vordergrund stehen. Eine Umstellung von funktionierender Kinderbetreuung ist immer heikel. Deshalb muss man genau hinschauen. Kleinkinderbetreuung darf die Gemeinde Kriens schon etwas kosten. Das Rad wird ja nicht neu erfunden. Die Gutscheine bedeuten Attraktivität, Payback, Minderung sozialer Notstände und gute Chancen für alle Kinder. Der Aufwand soll im Umwelt- und Sicherheitsdepartement (USD) geleistet werden. Kinder haben ist trotz öffentlicher Unterstützung immer noch teuer und eine Aufgabe, die 24 Stunden mal 7 Tage mal 52 Wochen fordert. Die Betreuungsangebote sollen vor allem für tiefe Einkommen zahlbar sein. Die Gutscheine senken laufende, tägliche Kosten. Der Mindestbeitrag der Eltern von Fr. 25.00

ist zwar immer noch viel (Beispiel: 60 % Arbeit = Fr. 3'000.00 Lohn, bei 2 Tagen Betreuung macht dies Fr. 50.00 pro Woche oder Fr. 200.00 pro Monat aus). Es ist wichtig, dass das Projekt bzw. die Umstellung optimal gestaltet wird. Wichtig ist auch, dass die Zusammenarbeit mit dem Gemeinnützigen Frauenverein Kriens (GFV) und den Kitas klappt. Zudem sollten die Eltern informiert werden, dass die Gutscheine bei der Gemeinde beantragt werden können. Bezugsberechtigt sind auch Studierende, Mutterschaftsbeurlaubte und Arbeitslose. Der Sprecher appelliert an den Einwohnerrat, dass das Budget auch ein Wachstum verkraften muss. Es ist ihm auch ein Anliegen, dass die Qualitätssicherung durch Fachpersonal im zuständigen USD wahrgenommen werden kann.

Mirjam Kalt führt aus, dass die Grünen diesen Systemwechsel zu den Betreuungsgutscheinen begrüßen. Die familienergänzende Kinderbetreuung gehört zur gesellschaftlichen Realität, so wie es auch verschiedene Familiensysteme gibt: alleinerziehende Mütter, Patchworkfamilien, Einkinderfamilien, Grossfamilien, Familien mit getrennter Rollenaufteilung von Erwerbs- und Hausarbeit oder auch Familien mit Arbeitsteilung. Und es gibt Familien, die es sich leisten können, dass eine Person zu Hause bleibt, so wie es auch Familien gibt, bei denen beide Erwachsenen arbeiten müssen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist heute ein Muss und somit auch eine Anforderung, welcher sich eine Gemeinde stellen muss, damit sie attraktiv bleibt für Familien. Man will eine Ausgangslage schaffen, die es allen Familien – unabhängig wie sie organisiert sind – ermöglicht, eine Kinderbetreuung in Anspruch zu nehmen und dafür Unterstützung zu erhalten. Den Grünen ist es wichtig, dass diese Unterstützung abhängig ist von Einkommen und Berufstätigkeit. So entsteht eine Rechtsgleichheit, die jedoch nicht die einkommensstarken Familien zusätzlich begünstigt. Zudem ist mit dem Mindestbeitrag von 25 Franken garantiert, dass diese Kinderbetreuung auch etwas kostet. Es handelt sich also um eine Teilfinanzierung der Kinderbetreuung und es ist wichtig, dass familienexterne Betreuung nicht günstiger ist als die Betreuung zu Hause. Man will auch, dass die ewigen Wartelisten für Betreuungsplätze der Vergangenheit angehören. Es soll der Nachfrage entsprechend Betreuungsangebote geben, die auch Rechtsgleichheit erfahren. Das neue System fördert das Angebot an Kinderbetreuungsstätten, was wiederum wirtschaftlich interessant ist, da es neue Arbeitsplätze schafft. Zudem zeigt das Beispiel in Horw, dass es auch für die Gemeinde wirtschaftlich interessant ist, denn die zusätzlichen Ausgaben für die Betreuungsgutscheine werden mit erhöhten Steuereinnahmen und verminderten Sozialhilfeleistungen wettgemacht. Es hindert also nichts daran, dieses System einzuführen.

Alfons Graf hat entgegen seiner Fraktion eine andere Meinung. Die Gutscheine sind gut und recht und er könnte diesen auch einigermaßen zustimmen, wenn der Finanzhaushalt der Gemeinde Kriens in Ordnung wäre. Mit diesen Betreuungsgutscheinen muss die Gemeinde kurzfristig wieder ca. 250'000 Franken in die Hand nehmen. Bei der jetzigen momentanen Finanzlage ist das mehr als fragwürdig. Wenn schon würde er die Gutscheine nur an Personen abgeben, die alleinerziehend sind. Von Gesetzes wegen ist dies auch nicht zwingend. Die Betreuungsgutscheine sind weder vom Bund noch vom Kanton vorgeschrieben. Der Sprecher stellt fest, dass die Eigenverantwortung der Eltern einmal mehr abgeschoben wird. Die Baustelle „Erziehung“ wird dem Staat übergeben und zahlen soll es einmal mehr die Allgemeinheit. Niemand kann es garantieren, ob das Geplante mit den Steuern je wieder reinkommt.

Verena Wicki gibt zu Bedenken, dass sich die Eltern nicht nur aufgrund des Steuerfusses für eine Niederlassung in Kriens entscheiden. Es wird auch das Angebot für die Kinderbetreuung beachtet. Ein attraktives Angebot kann deshalb die Eltern anlocken. Die Zusammenarbeit

zwischen den Gemeinden soll verstärkt werden. Dies ist wertvoll, wenn die Leute hier ihren Wohnsitz haben und in einer anderen Gemeinde arbeiten. Es ist wichtig, dass dies aufgenommen wird. Es sollte geprüft werden, ob beim Artikel 7 „Massgebendes Einkommen“ des Reglements allenfalls ein Rechtsmittel eingesetzt werden kann. Zu Artikel 8 „Änderung der Verhältnisse“ bemerkt sie, dass es doch relativ schnell ist, innerhalb einer Woche Veränderungen dem zuständigen Departement zu melden. Sie fragt, ob dies realistisch ist und ob man dies überprüfen kann.

Cyrill Wiget freut sich, ein Geschäft zu vertreten, welches im Rat so positiv ankommt. Dies ist auch ein Kompliment an seinen Mitarbeiter, welcher dieses Geschäft erarbeitete. Der Schritt zur attraktiven und eigenständigen Gemeinde wurde beim Traktandum 5 beschlossen. Und hiermit wird der erste Nagel eingeschlagen. Man möchte ein gutes Netz für ausserfamiliäre Kinderbetreuung haben. Er bedankt sich bei allen Fraktionen und Parteien, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Es ist viel Wissen vorhanden und der B+A wurde genau studiert. Deshalb ist es nicht mehr nötig, viel zu erwähnen. Er geht noch auf diverse kritische Voten ein. Der Gemeinderat hat bezüglich Eigenverantwortung der Eltern diskutiert, dass es wichtig ist, dass die ausserfamiliäre Kinderbetreuung nicht günstiger ist, als wenn man die Kinder zu Hause hat. Man ist überzeugt davon, dass die Kinderbetreuung etwas kosten soll. Im Moment hat man nicht den Eindruck, dass eine Rechtsmittelbelehrung im Reglement fehlt. Alle Anregungen aus dem Rat und den Kommissionen werden besprochen und geprüft. Man wird einen Vorschlag in die zweite Lesung einfließen lassen.

Die Studie in Horw betreffend Payback ist eine besondere Studie, da man dort von real existierenden Familien ausgegangen ist. In Kriens ist man mit der Zahl von 1,5 vorsichtig. Man kann aber davon ausgehen, dass dies so kommt. Die Berechnungen werden im Budget 2013 angepasst. Der Sprecher ist der Meinung, dass man in der Lage ist, einen Wirkungsbericht zu erstellen, wie sich das Ganze im Alltag bewährt und ob Anpassungen nötig sind. Dies ist auch im Interesse der Gemeinde. Über das System muss nicht mehr diskutiert werden. Es wurde bereits drei Mal darüber verhandelt. Bei der Zahl von Fr. 250'000.00, welche Alfons Graf nannte, ist auch der Hort Roggern eingerechnet und nicht nur die Betreuungsgutscheine. Diese Zahl ist anhand einer Hochrechnung zustande gekommen. Es steht nicht mehr Geld für Betreuungsgutschriften zur Verfügung als vorher. Mit dem neuen attraktiven System werden mehr Eltern profitieren, was auch einen höheren Betrag ausmacht. Der Sprecher hofft, dass er nun auch die letzten Kritikerinnen und Kritiker überzeugen konnte. Er freut sich darauf, nach der zweiten Lesung „Nägel mit Köpfen“ zu machen.

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Nachdem keine weiteren Bemerkungen erfolgen, erklärt sie, dass die Verordnung zur Kenntnisnahme an den Einwohnerrat vorliegt. Diese wird durch den Gemeinderat erlassen. Die zweite Lesung findet an der November-Sitzung statt. Die Anregungen wurden aufgenommen. Es wird noch keine Abstimmung durchgeführt.

9. 2. Bericht: Postulat Thalmann: Mehr Sicherheit und Ordnung für Kriens

Nr. 050/09

Patrick Koch hält fest, dass das Postulat Thalmann eine gesetzliche Regelung betreffend Videoüberwachung verlangte und eine solche nun mit dem kantonalen Gesetz vorliegt. Insofern

kann der Vorstoss als erledigt abgeschrieben werden. Eine ganz andere Frage ist, ob nun Videoanlagen installiert werden sollen oder nicht. Hier hat der Gemeinderat quasi auf Vorrat eine Begründung geliefert, die aber nichts taugt. Es geht bei Videoanlagen nicht direkt nur um Verhinderung von Straftaten, sondern auch um deren Aufklärung. Zur Aufklärung von Straftaten sind Videoanlagen ganz klar nötig. Täglich gehen im Strafvollzug Meldungen ein, dass Täter gefilmt wurden. Dort wird dann eine Auswertung der Videoaufzeichnungen angeordnet. In vielen Fällen dienen die Videoprints als Beweise für die Straftaten. Und genau hier liegt auch der Sinn der Videoaufzeichnungen. Die Straftäter können besser überführt werden, was wiederum zur Folge hat, dass an videoüberwachten Stellen (Geschäfte, Bankomaten, öffentliche Stellen etc.) weniger Straftaten erfolgen. In Kriens muss konsequenter und härter gegen die zunehmende Kriminalität vorgegangen werden. Abschreckung erhöht die Sicherheit. Das Sicherheitsbedürfnis der Krienser Bürger nimmt die SVP sehr ernst. Nötigenfalls wird die SVP mit einem neuen Vorstoss die Installation einer Videokamera fordern.

Cyrill Wiget ist dankbar, wenn der Vorstoss als erledigt erklärt werden kann. Das Anliegen ist erfüllt. Wenn jemand des Rates den Eindruck hat, dass eine Videokamera installiert werden soll, kann ein Vorstoss eingereicht werden. Der Gemeinderat sagt nicht, dass eine Videokamera falsch ist. Auf öffentlichen Plätzen ist dies aber nicht erfolgreich. Man kann damit keine Rückführung auf einen Täter machen. Es wurde für diesen Einsatzbereich eine Offerte eingeholt. Die Kosten sind aber zu hoch.

Gemäss Martin Heini hat sich die Umwelt- und Sicherheitskommission einmal mehr mit diesem Vorstoss resp. dem Bericht auseinandergesetzt. Die Kernaussage des Berichts steht auf Seite 2. Mit der Inkraftsetzung des neuen Videoüberwachungsgesetzes des Kantons Luzern ist die Forderung des Postulats erfüllt. Das kantonale Gesetz gilt auch für die Gemeinde Kriens. Kriens braucht kein eigenes Gesetz zu erarbeiten. Im Bericht ist die Wirkung der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen erläutert. Diese zeigt Schwierigkeiten. Der Aufwand müsste im Budget entsprechend berücksichtigt werden. Der Nutzen ist schwer bezifferbar, wenn nichts passiert. Die USK empfiehlt die Abschreibung des Postulats mit 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Kathrin Graber erwähnt, dass sich aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion das Warten und die Abklärungen des Gemeinderates sehr gelohnt haben. In der Zwischenzeit wurde durch den Kanton eine gesetzliche Grundlage für die Videoüberwachung geschaffen. Falls geeignet, könnten jederzeit Videokameras installiert werden. Man sollte jedoch das Kosten-Nutzen-Verhältnis von Videokameras beachten. Es liegen sehr aussagekräftige Ergebnisse der Stadt Luzern vor. Die präventive Wirkung von Videokameras bei verschiedenen Plätzen ist gering. Es wäre Zufall, wenn ein Täter bzw. eine Täterin auf einer Videokamera ersichtlich wäre. Der Entscheid des Gemeinderates, vorderhand auf Videokameras zu verzichten, ist richtig. Die CVP/JCVP-Fraktion setzt sich für die Sicherheit ein. Man sieht dafür aber andere, geeignete Massnahmen, wie beispielsweise bessere Beleuchtungen, Sicherheitsdienst usw. Die CVP/JCVP-Fraktion ist für die Abschreibung des Postulats.

Räto Camenisch betont, dass der Motionär nicht eine einzelne Kamera forderte, sondern die Voraussetzung für die Gemeinde, innert kurzer Frist eine Kamera zu installieren. Der Kanton hat dazu nun ein Gesetz erlassen. Der Sprecher macht beliebt, das Postulat nicht abzuschreiben, da an und für sich die Ausführung des kantonalen Gesetzes geregelt ist. Der Gemeinderat soll aber die Kompetenz haben, rasch eine Kamera zu installieren, wenn dies nötig wird.

Beatrice Kiener dankt dem Gemeinderat für den Bericht zum Postulat. Viel musste der Gemeinderat ja nicht machen. Der Kanton hat die Arbeit erledigt und ein Gesetz über die Videoüberwachung geschaffen. Man ist froh darüber, dass dieser Schritt gemacht ist. Die Forderung des Motionärs ist somit erfüllt. In diesem Sinne stimmt die FDP-Fraktion der Abschreibung als erledigt zu. Dem Bericht des Gemeinderates ist zu entnehmen, dass vorderhand keine Videoüberwachungen von neuralgischen Stellen und Plätzen erfolgen wird. Um die Nichtanschaffung solcher Überwachungssysteme zu rechtfertigen, stützt man sich auf irgendwelche Forschungsberichte von Leuten, die sich vermutlich in der Praxis nie mit diesem Thema auseinandersetzen mussten. Als Mitarbeiterin der Strafverfolgungsbehörde kann die Sprecherin aus erster Hand berichten, wie oft sie schon Kriminalfälle anhand von Videoaufzeichnungen von Überwachungskameras aufklären konnte. Beim aktuellsten Fall einer Vergewaltigung und eventualvorsätzlichen Tötung hätte sie den Täter nie überführt, wäre er nicht auf einer Kamera ersichtlich gewesen. So geht es ihr und ihren Arbeitskollegen fast täglich. Die Aufzeichnungen von Überwachungskameras bilden mittlerweile festen Bestandteil in den Strafuntersuchungen und helfen immer öfter, Täter zu identifizieren und für ihre Taten zur Verantwortung zu ziehen. Die Strafverfolgungsbehörden können die Taten nicht verhindern, aber wenigstens aufklären. Videoüberwachungen machen daher grossen Sinn. Die Sprecherin kann nicht verstehen, weshalb sich die Gemeinde Kriens bei ihren Überlegungen nicht auf solche Tatsachen stützt, sondern irgendwelchen Theoretikern Glauben schenkt, die herausposaunen, dass solche Kameras nichts bringen. Wenn man schon Leute im Rat hat, die sich mit solchen Sachen auskennen, dann könnte man sich auch an diese wenden. Es ist Aufgabe der Gemeinde, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit besorgt zu sein. Man kann diese Aufgaben nicht vollumfänglich der Polizei aufbürden. Was die Gemeinde dazu tun kann, ein sicheres Kriens zu bieten, das sollte sie tun. Und man sollte das Geld für diese Überwachungskameras in die Hand nehmen.

Kathrin Graber fragt, ob die SVP wirklich mit dem „Kopf durch die Wand“ möchte, wenn diese gegen die Abschreibung des Vorstosses ist. Der Motionär forderte klar eine gesetzliche Grundlage. Diese ist nun vorhanden und reicht. Der Kanton hat eine gesetzliche Grundlage geschaffen, damit dies die Gemeinden nicht selber legislieren müssen. Es ist nicht nötig, noch ein Gesetz auf Gemeindeebene zu erstellen. Dies wäre unnötige Arbeit und Ausgaben auf Kosten der Steuerzahlenden. Der Vorstoss muss abgeschrieben werden.

Martin Heini, namens der SP-Fraktion, ist für Ratseffizienz. Wenn der Vorstoss abgeschrieben werden kann, sollte man diesen nicht künstlich am Leben erhalten. Für die SP ist die Forderung des Postulats klar erfüllt. Der Bericht zeigt, dass die Videoüberwachung im weiten öffentlichen Raum keine gesicherte Investition ist und nicht die erhoffte Sicherheit bringt. Passt trotz Video etwas im unbewachten Raum, dann kann man zwei Thesen aufstellen: Das Video fehlt genau dort und man braucht mehr Videoüberwachung oder die Verbrecher weichen aus. Die Videoüberwachung steht immer am falschen Ort. Der SP ist es wichtig, dass Gewaltprävention (z.B. in der Schule) vorgenommen wird, eine gute Ausleuchtung des öffentlichen Raums und aktive Sicherheit, wie beispielsweise mobile Jugendarbeit, Patrouillen, Gemeindeordnungsdienst, stattfindet. Dies sind die besseren Mittel für Sicherheit und Ordnung. Die Sicherheit ist ein Dauerauftrag des Umwelt- und Sicherheitsdepartements. Man ist zuversichtlich, dass dies im Auge behalten wird. Die SP-Fraktion ist klar für Abschreibung des Postulats.

Erich Tschümperlin ist über diese Diskussion überrascht. Die gesetzliche Grundlage ist da. Es ist daher nicht mehr als vernünftig, wenn der Vorstoss abgeschrieben und vorwärts gemacht wird. Wenn jemand Videokameras möchte, soll dieser einen Vorstoss einreichen. Flächendeckende Videokameras aufzustellen, kann sich Kriens nicht leisten. Der Gemeinderat verschliesst sich einer Videoüberwachung, dort wo es sinnvoll ist, nicht.

Räto Camenisch ist ebenfalls überrascht. Der Motionär forderte ein Gesetz, damit man Videokameras einsetzen kann. Der Kanton hat dieses Gesetz nun erstellt. Man erwartet, dass die Gemeinde weiss, wer welche Zuständigkeiten hat. Es geht um die Gemeinde und nicht um den Kanton. Es geht darum, wie es der Motionär meinte.

Gemäss Johanna Dalla Bona beantragt der Gemeinderat, das Postulat aufgrund des vorstehenden Berichts als erledigt abzuschreiben.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 21:8 Stimmen abgeschrieben.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	nein
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Otte, Michael	nein
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Schwizer, Roland	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

10. Bericht Postulat Piazza: Jungunternehmerfreundliches Kriens **Nr. 192/10**

Daniel Piazza begrüsst das weitere Vorgehen des Gemeinderates sehr und ist mit dessen Stossrichtung einverstanden. Er bedankt sich für die Massnahmen und ist sehr froh, dass sein Anliegen aufgenommen wurde.

Johanna Dalla Bona hält fest, dass der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt. Daher gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

11. Bericht Postulat Graf: Überprüfung der gemeinderätlichen Kommissionen **Nr. 201/10**

Alfons Graf dankt dem Gemeinderat für seine Arbeit. Anlässlich der Budgetdebatte vom 24. Februar 2011 hat man das Budget der Kommissionen immerhin um Fr. 20'000.00 gekürzt. Die SVP hofft, dass die Budgetvorgaben eingehalten werden und das Ganze nicht wieder ausgeweitet wird. Trotzdem denkt er, dass mehr möglich gewesen wäre, wie zum Beispiel die Auflösung der Betriebskommission Scala. Er fragt sich, ob da nicht eine Person reicht, die jeweils für die Vermietung zuständig ist.

Helene Meyer-Jenni muss den Vorredner enttäuschen, denn die Kürzung von Fr. 20'000.00 kann nicht eingehalten werden. Die gemeinderätlichen Kommissionen sind am Arbeiten. Die Betriebskommission Scala hat jedoch die Auflösung beantragt. Die Sprecherin betont, dass der Gemeinderat nach wie vor für gemeinderätliche Kommissionen ist. Diese sollen dort eingesetzt werden, wo ein Nutzen vorhanden ist. Die vorhandenen Kommissionen sind ein Mehrwert für die Entscheidungsfindung und Begleitung des Gemeinderates.

Johanna Dalla Bona hält fest, dass der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt. Daher gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

12. Bericht Volksmotion: Keine Hochhäuser auf dem Eichhofareal **Nr. 247/11**

→ *Neu: Traktandum 5a*

13. Postulat Wili: Überprüfung Umweltschutzstelle **Nr. 244/11**

Alexander Wili hat das Postulat um Prüfung einer Privatisierung der Umweltschutzstelle eingereicht, als Andrea Wyss mitteilte, dass sie die Gemeindeverwaltung verlässt. Nachdem der

Nachfolger von Andrea Wyss, Didier Lindegger, gewählt wurde, hat der Sprecher mit ihm Kontakt aufgenommen und gefragt, ob er allenfalls die Gelegenheit nutzen möchte, die Umweltaufgaben privat zu übernehmen. Didier Lindegger hat ihm mitgeteilt, dass er diese Aufgaben lieber als Gemeindeangestellter erledigt und nicht als selbständig Erwerbender. Danach wurde publiziert, dass eine weitere Stelle im Umweltschutzbereich besetzt wurde. Der Sprecher betont, dass man sich gewisse Überlegungen betreffend Budgetbeschlüsse machen soll.

Gemäss Johanna Dalla Bona opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung.

Cyrill Wiget dankt Alexander Wili für dessen Nachfrage bei Didier Lindegger. Er hat dies mit ihm besprochen. Der Sprecher hält fest, dass kein zusätzliches Personal angestellt wurde. Im Bereich Land- und Forstwirtschaft erhält man Unterstützung. Die Budgetvorgaben können tatsächlich eingehalten werden. Dies aufgrund der Situation, dass der Ersatz für Didier Lindegger erst ein halbes Jahr später seine Stelle antreten kann. Dies ist jedoch keine zufriedenstellende Lösung, da man nicht in der Lage ist, schnell genug zu reagieren. Die Leute müssen warten. Der Gemeinderat hat nichts gegen Fremdvergabe von Aufträgen. Dies gibt es vielfach und nicht nur im Umwelt-, sondern auch im Bau- oder Finanzbereich. Es ist nicht der Fall, dass Ausserhaus-Lösungen günstiger sind als „Inhouse-Lösungen“. Es ist günstig, wenn etwas vor Ort schnell und speditiv erledigt werden kann.

Gemäss Martin Heiz ist die SVP-Fraktion für die Ablehnung des Postulats. Es wurde ein Budget-Beschluss gefasst und man erwartet eine strikte Einhaltung der Budgetvorgaben. Man hofft, dass Cyrill Wiget die Gelegenheit packt und eine Reorganisation durchführt. Bei der nächsten Budgetdiskussion in einem Monat kann man darüber diskutieren, ob allenfalls reagiert werden soll.

Verena Wicki hält fest, dass die CVP/JCVP-Fraktion den Argumenten des Gemeinderates folgt und die Auslagerung der Umweltschutzstelle an eine private Organisation ablehnt. Die Umweltschutzstelle hat einen umfassenden Leistungskatalog zu erbringen und das mit sehr knappen Ressourcen. Die Bürgernähe ist mit der jetzigen Einbindung in der Gemeindeverwaltung gewährleistet. Der komplexe Auftrag braucht eine gute Einbindung des Umweltschutzes in die Gemeindestrukturen. Schon heute arbeitet die Stelle nach Bedarf mit externen Anbietern zusammen. Wie der Gemeinderat richtig festhält, bedeutet ein Outsourcing des Auftrages einen grossen Aufwand und einen längeren Prozess der Auftragsklärung. Dies würde das Umweltschutzamt zur Zeit über die Massen belasten. Die Umweltschutzstelle sollte jetzt nach einer schwierigen Zeit seine Arbeit in Ruhe machen können. Da arbeiten engagierte Leute, denen Kriens und seine Umwelt ein Anliegen sind und die professionelle und gute Arbeit erbringen wollen. Die CVP/JCVP-Fraktion steht hinter der Umweltschutzstelle und lehnt deshalb das Postulat ab.

Alexander Wili hält nicht an seinem Vorstoss fest. Die Mitunterzeichnenden des Vorstosses müssen jedoch auch beachtet werden.

Martin Heini äussert, dass die SP-Fraktion das Postulat ablehnt und die Meinung des Gemeinderates unterstützt. Die SP ist prinzipiell gegen eine Privatisierung. Er findet es unverantwortlich, dass Alexander Wili anfragte, ob Didier Lindegger die Umweltschutzstelle in ei-

nem privaten Verhältnis übernehmen möchte. In der Privatwirtschaft ginge dies absolut nicht und wäre problematisch. Er bewundert Alexander Wili für seinen Mut. Die Effektivität von Stellen zu überprüfen, ist Sache der Exekutive. Die Effektivität zu erreichen oder die Kosten-/Nutzen-Verhältnisse ist ein Dauerauftrag. In der Wirtschaft werden häufig Outsourcing-Strategien entworfen. Diese helfen zu entscheiden, welche Bereiche, Aufgaben oder Funktionen ausgelagert werden können. Ein seriöser Vorstoss könnte fordern, dass die Gemeinde eine Outsourcing-Strategie erarbeiten soll. Normalerweise werden Verwaltungsaufgaben nur an Dritte weitergegeben, wenn Vorteile daraus entstehen. Hier geht es aber um Koordinationsaufwand, Bürgernähe, Beurteilungen und Beratungen, Aufgaben vor Ort und Kommissionsarbeit. Dies sind keine typischen Aufgaben, die ausgelagert werden können. Es sind wenig reine Verwaltungsaufgaben vorhanden. Um einen Outsourcing-Partner zu finden, müsste ein umfangreiches Ausschreibungsverfahren gestartet werden. Abgesehen davon hinkt der Vergleich mit der Gemeinde Ostermundigen. Abschliessend bemerkt der Sprecher, dass noch nie so ein parlamentarischer Vorstoss bei einer Kündigung in der Verwaltung eingereicht wurde. Es ist auffällig, dass gerade das Umwelt- und Sicherheitsdepartement betroffen ist.

Alexander Wili bittet die Präsidentin, nachzufragen, ob die Mitunterzeichnenden des Postulats ebenfalls bereit wären, dieses zurückzuziehen.

Erich Tschümperlin bemerkt, dass ein Outsourcing von Aufgaben der Gemeinde eine sorgfältige Abklärung braucht. Dies ist eine strategische Aufgabe der Exekutive. Diese soll prüfen, wo es Sinn macht. Es müsste auch ein Konzept erstellt werden, was es für das Personal der Gemeinde bedeuten würde. Voraussetzung ist auch ein vorgängiger Benchmark, damit man weiss, wie man im Vergleich zu anderen Gemeinden steht und was es kostet. Es müsste auch abgeklärt werden, wie Externe auf die notwendigen Daten zugreifen können und wie die Datensicherheit gewährleistet ist. Das Verzetteln von Aufgaben beschleunigt die Abläufe sicherlich nicht. Es soll keine Verschlechterung für die Bevölkerung geben. Die Frage ist auch, was mit dem Kundenshalter passiert. Das sind alles Fragen, welche man gut klären müsste. Es macht (auch finanziell) keinen Sinn, bei jedem Austritt ein punktuell Outsourcing zu diskutieren. Dem Sprecher ist es komisch eingefahren, wenn Alexander Wili Mitarbeitende der Gemeinde anfragt, ob diese selbständig werden möchten.

Johanna Dalla Bona fragt die Mitunterzeichnenden, ob diese gegen die Rückziehung des Postulats opponieren. Da dies nicht der Fall ist, gilt das Postulat als zurückgezogen.

14. Motion Konrad: Verwendung von Rückstellungen für das Projekt „Zukunft Kriens – Leben im Zentrum“ **Nr. 245/11**

Gemäss Johanna Dalla Bona ist der Gemeinderat bereit, die Motion zu überweisen. Sie fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Martin Heiz opponiert gegen die Überweisung.

Simon Konrad bemerkt, dass man Rückstellungen nicht stehen lassen kann. Er begrüsst das Vorgehen des Gemeinderates, dass man dieses Konto der Vorfinanzierung für das Projekt „Zukunft Kriens - Leben im Zentrum“ zuführt und ist ebenfalls für die Überweisung der Motion.

Martin Heiz opponiert der Überweisung als Motion. Falls der Vorstoss als Postulat überwiesen wird, könnte er dahinter stehen. Die Motion fordert, wo das Geld der Rückstellungen hingehen soll. Dieses Geld muss aber nicht zwingend für das Zentrumsprojekt gebraucht werden. Man sieht auch andere Optionen. Der Gemeinderat muss sich überlegen, was mit diesen Rückstellungen passiert. Man könnte diese auch splitten. Die SVP ist für die Überweisung als Postulat. Eine Motion fordert nämlich einen Bericht und Antrag.

Erich Tschümperlin fragt, ob es standhaft ist, wenn die Rückstellungen auf mehrere Objekte aufgeteilt werden.

Paul Winiker erklärt, dass Vorfinanzierungen für künftige Projekte grundsätzlich möglich sind. Rückstellungen für künftige Aufwendungen sind aber nicht erlaubt. Dies ist eine Art Eigenkapitalreservation. Wenn der Vorstoss überwiesen wird, wird der Gemeinderat mit der Rechnung 2011 einen Vorschlag unterbreiten, wo diese Rückstellungen zugeordnet werden. Danach kann der Einwohnerrat entscheiden, ob er mit der Zuordnung einverstanden ist oder nicht.

Gemäss Daniel Piazza unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion das Anliegen auch als Motion. Es ist im Sinne des Zentrumsprojektes, wenn die Rückstellungen entsprechend verwendet werden. Das Anliegen wird inhaltlich und materiell mitgetragen.

Judith Luthiger fragt, ob die Rückstellung von Fr. 3,1 Mio. gesplittet werden kann. Muss dies dann klar definiert werden?

Paul Winiker antwortet, dass die Verwendung grundsätzlich nicht präjudiziert ist. Der Einwohnerrat kann dies separat beschliessen oder auch anders definieren. Man vergibt sich also nicht allzu viel. Man kann es offen oder konkreter zuweisen. Wenn eine Vorfinanzierung für das Zentrumsprojekt vorhanden ist und man einen Kreditbeschluss macht, ist das wie eine Einmalabschreibung. Die zukünftigen Belastungen für das Projekt wären dann weniger gross.

Abstimmung

Der Überweisung wird mit 17:10 Stimmen zugestimmt.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	nein
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Hahn, Alex	ja

Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	Enthaltung
Nyfeler, Nicole	Enthaltung
Otte, Michael	nein
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Schwizer, Roland	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Wili, Alexander	ja

15. Fragestunde

Patrick Koch fragt, ob die Kommission für interkommunale Zusammenarbeit (KiZ) weitergeführt und zu einer ständigen Kommission wird.

Helene Meyer-Jenni antwortet, dass es sich bei der KiZ um eine einwohnerrätliche Kommission handelt. Die Kommission hat dieses Thema bereits aufgegriffen. Sie fragt deshalb den Präsidenten der KiZ, ob der Zwischenstand bekannt gegeben werden kann. Der Gemeinderat wird sich dazu nicht äussern. Sie bemerkt, dass es nicht effizient war, dass der Bericht und Antrag zur starken Stadtregion in sämtlichen Kommissionen diskutiert wurde.

Roland Schwizer informiert als Präsident der KiZ, dass diese Frage an der letzten Sitzung besprochen wurde. Man ist der Meinung, dass der Abstimmungstag vom 27. November 2011 abgewartet werden soll und man danach je nach Resultat einen Antrag stellt.

Christine Kaufmann-Wolf erkundigt sich, ob bezüglich der Brandruine bei der Busschleife etwas läuft.

Matthias Senn erklärt, dass der Architekt am Planen ist und es vorwärts geht.

Alex Hahn spricht das Plakat der Grünen an der Luzernerstrasse an. Er fragt Cyrill Wiget, wie er ein solches Plakat an einem von ihm gemieteten Haus tolerieren kann.

Cyrill Wiget führt aus, dass diese Situation mit seinem Amt nichts zu tun hat. Er gibt daher als Privatperson Antwort. Er hat seine Mitarbeitenden angewiesen, das Plakat abzunehmen. Innerhalb von 48 Stunden wurde dieses wieder abgehängt.

Judith Luthiger wirft die Frage auf, ob der Versand der Einwohnerratsunterlagen mit dem Velokurier nicht viel teurer ist.

Guido Solari antwortet, dass dies nicht mehr kostet. Wenn ein Paket über 2 cm hoch ist, kostet dies Fr. 9.00 Porto bei der Post. Der Velokurier kostet genau gleich viel.

Toni Bründler führt aus, dass die Täter im Vandalismusfall der Sonnenbergbahn dank Videoüberwachung gefasst wurden. Er erkundigt sich, ob diese zur Rechenschaft gezogen werden bzw. ob diese den Schaden auch bezahlen müssen.

Cyrell Wiget fragt zurück, seit wann dort eine Videoüberwachung ist. Dies ist ihm nicht bekannt. Er hat regelmässige Besprechungen mit Heinz Flückiger, Chef Polizeiregion Luzern-West, an denen sie dies jeweils zusammen anschauen. Wenn grössere Presseartikel erscheinen, erhöht sich der Druck auf die Jugendlichen, sich zu stellen, deutlich. Die Jugendlichen haben sich daraufhin selber gemeldet. Ein Strafverfahren und die Frage, wie dies privatrechtlich gelöst wird, um den Schaden gutzumachen, wird geklärt. Die Sonnenbergbahn AG muss entscheiden, wie es weitergeht.

Kathrin Graber fragt an, was der aktuelle Stand im Projekt PanGas ist.

Matthias Senn erklärt, dass es Einsprachen gab. Es werden nun Einspracheverhandlungen organisiert und danach wird das weitere Vorgehen definiert.

Erich Tschümperlin ergänzt zur Frage von Alex Hahn, dass Cyrill Wiget nichts von dieser Plakataktion wusste und er nicht informiert und angefragt wurde. Man dachte lediglich, dass dies ein guter Ort gewesen wäre.

Das Komitee gegen Hochleistungsantennen zieht das Urteil gemäss Kathrin Graber weiter. Ist es richtig, dass man im Moment darauf verzichtet, neue Natel-Antennen aufzustellen, bis ein Entscheid vorliegt?

Matthias Senn informiert, dass im Januar eine Sitzung zur Standortevaluation durchgeführt wurde. Das Ganze gelingt ziemlich gut. Es treffen nicht viele Gesuche ein.

Maurus Frey spricht Matthias Senn auf eine Aussage in einem Artikel der Neuen Luzerner Zeitung an betreffend Rückzug Baugesuch Gasthaus Hergiswald. Er hat die Aussage im Zusammenhang mit dem Beschwerdeverfahren nicht ganz verstanden und bittet Matthias Senn, dies kurz zu erläutern.

Matthias Senn teilt mit, dass über das Beschwerdeverfahren gesprochen wurde. Er fragte, ob es sein kann, dass dieses Projekt genehmigt wird. Es wurde weitergezogen an das Verwaltungsgericht und an das Bundesgericht. Man macht dort ein Fragezeichen betreffend Ablauf des Bewilligungsverfahrens.

Peter Portmann erkundigt sich, ob sich der Gemeinderat schon einmal darüber Gedanken gemacht hat, im Pilatusaal ein WLAN einzurichten.

Johanna Dalla Bona antwortet, dass die Geschäftsleitung des Einwohnerrates diese Frage bereits einmal diskutierte. Man ist der Auffassung, dass dies noch nicht zwingend ist, da wenige Parlamentarier und Parlamentarierinnen dieses Instrument nutzen. Die Geschäftsleitung hat entschieden, dieses Thema im Moment nicht weiterzuverfolgen.

16. Verabschiedung Alexander Wili (GP60+)

Johanna Dalla Bona bittet Alexander Wili nach vorne. „Ein Urgestein tritt kürzer“, konnte man auf der Frontseite der NLZ lesen. Ein halbseitiger Bericht zu seinem Rücktritt unter der Rubrik Region Luzern – es ist offensichtlich, dass heute eine Persönlichkeit verabschiedet wird, welche durch ihr langjähriges und intensives Engagement in und für die Politik weit über die Gemeindegrenzen hinaus bekannt ist, einer Persönlichkeit, der man sehr viel Respekt und Wertschätzung zollt. Als erster Präsident hat Alexander Wili vor 48 Jahren dieses Parlament eröffnet und vor drei Jahren ist er wieder an denselben Ort zurückgekehrt und hat als Alterspräsident die konstituierende Sitzung der Legislaturperiode 2008 bis 2012 eröffnet. Seine Motivation, um sich nochmals als Einwohnerrat zur Verfügung zu stellen, war das Kämpfen für ein eigenständiges Kriens, das Kämpfen gegen eine Fusion mit Luzern. Diese Haltung hat er bereits vor fast 50 Jahren vertreten, kann man doch in seiner damaligen Eröffnungsrede lesen, dass es die Aufgabe des damaligen Rates sein soll, die politische Selbständigkeit der Gemeinde Kriens dauernd zu sichern. Er hat aber schon dazumal klar gesehen, dass es Geschäfte gibt, welche zwar Gemeindeaufgaben sind, die aber einzelne Gemeinden nicht alleine erledigen können und hat dazumal schon eine Zusammenarbeit in Zweckverbänden vorgeschlagen. Nicht zuletzt hat er im Jahre 1962 auch auf die Schwierigkeit hingewiesen, einerseits dem Ruf eines fortschrittlichen Gemeinwesens gerecht zu werden, andererseits aber auch den beschränkten finanziellen Möglichkeiten Rechnung zu tragen. Die Sprecherin denkt, dass dies heute aktueller ist denn je. Alexander Wili wird als Person in Erinnerung bleiben, welche sich nebst der Fusionsfrage stark für die demokratischen Rechte eingesetzt hat, als Person, welche zielstrebig ihre Ziele verfolgt hat und den Weg zu diesem Ziel dabei oft mit einem von ihr neugegründeten Komitee gegangen ist, als Person, welche akribisch vorbereitet an die Sitzungen gekommen ist und die ihre wohlbedachten Voten stets in einer ruhigen und politisch korrekten Art vorgetragen hat. Er wird als Person in Erinnerung bleiben, welche nach den Sitzungen gerne ein Glas Wein getrunken hat und immer Interessantes aus der Vergangenheit zu erzählen wusste. „Mission erfüllt – Alexander Wili sagt Adieu“, liest man in der NLZ weiter. Die Sprecherin ist überzeugt, dass Alexander Wili der Politik nicht Adieu sagt. Er wird sich weiterhin mit aller Kraft im politischen Geschehen engagieren, nun nicht mehr im Einwohnerrat, sondern im Hintergrund oder in einer anderen Form. Sie ist jetzt schon gespannt, welches Komitee er als nächstes gründen wird. Im Namen des ganzen Einwohnerrates dankt die Sprecherin Alexander Wili für seinen grossen Einsatz im Dienste der Gemeinde. Sie erlaubt sich zum Schluss einen nicht ganz ernstzunehmenden Vers; normalerweise ist ja Alexander Wili der Dichter:

*„Wer esch scho johrzähnt e de Politik met debi
Grönder ond Präsident vo veschedenschte Komitees gsi
Kennt sech beschtens us e de Jurischtereij
Ond esch au met 81 no guet of de Bei
Trenkt ab ond zue gärn es Gläsli Wy?
Das cha nor de Alex Wili sii!“*

Johanna Dalla Bona wünscht Alexander Wili für die Zukunft alles Gute und überreicht ihm im Namen von allen ein Präsent.

Alexander Wili ist überwältigt von der Standing-Ovation und von den Worten der Präsidentin. Er spricht einen zweifachen Dank aus. Als er vor drei Jahren wieder in den Einwohnerrat gewählt wurde, dachte er: „Was sagen die, wenn so ein alter Mann kommt?“ Er hat jedoch nie unter Altersdiskriminierung gelitten. Man hat ihn mit respektvoller Art aufgenommen. Dafür gilt der erste Dank. Der zweite Dank ist dafür, dass heute beschlossen wurde, den Stimmberechtigten keine Fusionsverhandlungen zu empfehlen und aus der Abklärung auszuscheiden. Aufgrund dem Thema Fusion ist er wieder in den Einwohnerrat gekommen. Der Gemeinde- und Einwohnerrat sind sich nun einig, dass die Gemeinde Kriens eigenständig bleiben soll. Er bittet, sich dafür auch im Volk einzusetzen. Er bedankt sich nochmals und wünscht allen alles Gute.

Schluss

Johanna Dalla Bona dankt für das aktive Mitmachen, Mitdenken und Mitdiskutieren. Sie teilt mit, dass die nächste Sitzung am 27. Oktober stattfindet. Dies wird eine ganztägige Sitzung sein. Auf Hinweis von Bruno Arnet erinnert sie daran, dass in diesem Jahr der Gallustag an einem Sonntag ist und die Kilbi deshalb erst am Sonntag darauf, den 23. Oktober, stattfindet.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Neuhof.

Schluss der Sitzung: 18.40 Uhr

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

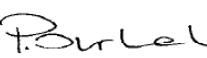
Der Einwohnerratspräsidentin:


Johanna Dalla Bona

Der Gemeindeschreiber:


Guido Solari

Die Protokollführerinnen:


Petra Burkhart


Andrea Sgrist